

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gießereien und Gürtler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Zinngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S., in Partien direkt durch die Expedition blätter. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 28. März 1891.

Inserate die viergespaltene Beilage oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

An die deutschen Metall-Arbeiter!

In Ausführung eines Beschlusses des letzten deutschen Metallarbeiter-Kongresses laden wir hiermit die deutschen Berufsgenossen abermals zu einem allgemeinen Metallarbeiter-Kongresse ein, welcher am **1. Juni 1891** beginnt und in **Frankfurt a. M.** stattfindet.

Die von uns provisorisch festgesetzte Tagesordnung lautet:

- 1) Bericht der Vertrauensmänner über ihre Thätigkeit.
- 2) Berathung des Statuts für die in's Leben zu rufende Zentralisation [event. Zentralisationen] der Metall-Arbeiter.
- 3) Wahl eines Vorstandes, dessen Stellvertreter und des Haupt-Kassiers.
- 4) Wahl des Vorortes.
- 5) Wahl des Ausschusses und dessen Sitzes.
- 6) Ernennung einer Revisionskommission und deren Sitzes.
- 7) Wahl eines Vertrauensmannes, welcher die Interessen jener Berufsgenossen zu wahren hat, die gesetzlich verhindert sind, sich einer Zentralisation anzuschließen.
- 8) Organfrage.
- 9) Die Maßnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen.
- 10) Die sogenannten Arbeiterschutz-Anträge.
- 11) Der in Aussicht genommene allgemeine deutsche Gewerkschaftskongress.
- 12) Die projektirten internationalen Kongresse.

Genossen! Wir ersuchen Euch, zur Kongressfrage unverzüglich Stellung zu nehmen, die Tagesordnung in öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen zu diskutieren, Versammlungsberichte und allenfallsige Anträge in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen und Delegirte zu wählen. [Der Kongress in Weimar hat beschlossen, daß die Fachgenossen ihre Delegirten in speziellen Versammlungen zu wählen haben, was wir zu berücksichtigen bitten.]*

Gleichzeitig bemerken wir, daß mit der nächsten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ ein Entwurf zu einem Statut für die zu begründende zentralisirte Organisation zum Versandt gelangt, den wir Eurer Diskussion unterstellen. Der Entwurf macht keinen Anspruch auf Vollkommenheit, er will Euren Berathungen nur als Behelf dienen. Auch soll durch diese Statutenvorlage nicht die Frage entschieden sein, ob allgemeine oder Fachzentralisation. Sollte der Kongress für Fachzentralisationen sich entscheiden, so

* Die Vertrauensmänner befinden sich hier im Irrthum. Der Beschluß des Kongresses lautet wörtlich: „Die gewählten Vertrauensmänner beschließen gemeinsam, einen Allgemeinen Metallarbeiter-Kongress einzuberufen und fordern ihre speziellen Berufsgenossen auf, diesen Kongress zu besuchen (Seite 66 des Protokolls).“

Die Redaktion der „D. M.-Arb.-Ztg.“

bedarf es für die einzelnen Gewerbe nur geringe Verbesserungen der Vorlage und die Einheitlichkeit unserer Organisationen ist gewahrt. Mögen deshalb die Berufsgenossen ruhig und leidenschaftslos an ihre Aufgabe herantreten, damit wir endlich einmal zu stabilen Verhältnissen gelangen.

Alle weiteren Bekanntmachungen bezüglich des Kongresses werden in der nächsten Zeit erfolgen.

Die einzelnen Vertrauensleute haben ihre speziellen Berufsgenossen zu einem Spezialkongress einzuladen, der zur selben Zeit nach demselben Ort einzuberufen ist.

Braunschweig, 22. März 1891.

Martin Segis,

Vertrauensmann der Metallarbeiter.

Karl Breder,

Vertrauensmann der Schlosser und

Maschinenbauer.

Theodor Schwarz,

Vertrauensmann der Former.

Wilhelm Meßger,

Vertrauensmann der Klempner.

Edmund Goldbach,

Vertrauensmann der Feilenhauer.

Ernst Hilmer,

Vertrauensmann der Schmiede.

Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Die Zustände in den staatlichen Gewerksfabriken.

In der Sitzung des deutschen Reichstags am 14. März nahm der soz. Abg. Ulrich Veranlassung, bei der 3. Lesung des Reichshaushalts-Gesetzes, Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“, die Zustände in den genannten Werkstätten einer Besprechung zu unterziehen. Da die in den Tageszeitungen abgedruckten Berichte nur ein unvollständiges Bild der Rede Ulrichs darstellen, so geben wir dieselbe bei der Wichtigkeit des Gegenstandes für die deutschen Metallarbeiter nach dem amtlichen stenographischen Berichte wieder.

Abgeordneter Ulrich: Meine Herren, ich fühle mich veranlaßt, bei diesem Kapitel eine Anzahl Klagen über die Verhältnisse in den Gewerks-Fabriken von Spandau und Amberg zur Sprache zu bringen. Die Klagen sind zum Theil durch die Blätter gegangen, zum Theil sind sie in Zuschriften mir zugänglich geworden, und ich halte mich für verpflichtet, sie hier vorzubringen, weil ich der Meinung bin, daß gerade diese Anstalten, die als königliche Werkstätten als Musterwerkstätten gelten sollten, auch als solche eingerichtet sein müßten. In der Arbeiterschaft ist man auch meistens der Meinung, daß diese Werkstätten wirklich solche Musteranstalten seien; allein nur so lange, als man nicht darin zu arbeiten hat. Von dem Augenblick an, wo die Arbeiter darin arbeiten, hereuen sie ganz außerordentlich, eine derartige hohe Meinung von diesen königlichen Werkstätten gehabt zu haben; sie sehen bald ein, daß die ganzen Einrichtungen

keineswegs derartig sind, daß sie als Muster gelten dürfen, sondern derartig, daß sie glücklicherweise nur in wenigen Privatwerkstätten zu finden sind.

Zunächst ist die Art der Lohnbrüdererei in diesen königlichen Werkstätten beinahe noch schlimmer als in Privatwerkstätten. Es wird mir von Spandau aus mitgetheilt, daß ein Meister den Lohn für Hülsen von 13,50 Mark auf 8,50 Mark herabgedrückt habe. Es wird mir aus dieser Werkstatt ferner mitgetheilt, daß ein Stück Arbeit, welches durch 30 bis 40 Hände geht, am Ende, nachdem es abgeliefert ist und bei der Prüfung als unbrauchbar oder fehlerhaft anerkannt wird, — daß dieses Stück Arbeit, dessen Fehler sehr häufig auf mangelhafte Rohmaterialien zurückzuführen sind, dann der ganzen Kolonne, die, wie gesagt, manchmal aus 30 bis 40 Personen besteht, am Lohn in Abzug gebracht wird, und daß dieser Abzug in früheren Jahren 6 bis 10 Proz. betragen habe, daß aber neuerdings dieser Abzug sogar das Doppelte des früheren Betrages erreiche.

Ich halte ein derartiges Verfahren für vollständig unzulässig und bin der Meinung, daß dasselbe in einer Privatwerkstatt absolut unmöglich sein würde, und zwar deshalb, weil eigentlich in diesem Falle thatsächlich der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden muß, und weil in diesem Fall sehr häufig Arbeiter, die gar nicht an dem Fehler theilhaftig sind, zu Gunsten der Staatskasse, die an dem Fehler der Rohmaterialien theilhaftig ist, in Nachtheil gerathen. Ich sage: ein derartiges Verfahren scheint mir vollständig unzulässig, und ich bedauere ganz außerordentlich, daß die Arbeiter so lange gewartet haben, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Es müßte seitens der Regierung in der Richtung Wandel geschaffen werden; sie müßte, sobald sie Kenntniß von diesen Sachen erhält, dahin wirken, daß derartige Lohnabzüge nicht vorkommen. Wir müssen bedenken, daß der Verdienst dieser Arbeiter durchschnittlich pro Tag 3,50 Mk. bis 3,80 Mk., vielleicht auch 4 Mk. beträgt. Bedenken Sie nun, daß davon derartige Abzüge vorkommen; bedenken Sie ferner, daß andere Einrichtungen bestehen, die ebenfalls den Lohn schmälern, so haben wir einen Punkt, den wir nicht ruhig übergehen sollten. Ich bin der Ansicht, daß das Haus die Pflicht hat, die Regierung auf solche Fehler aufmerksam zu machen, und gebe mich der Hoffnung hin, daß von dem Augenblick an, wo die Regierung davon Kenntniß erhält, diese Fehler möglichst abgestellt werden.

Es ist dabei eigentümlich, daß beispielsweise seitens der Gewerksfabrik Spandau der geschulte Arbeiter in Folge dieser Art der Abzüge mit dem ungeschulten Arbeiter für die Fehler des letzteren verantwortlich gemacht wird. So kommt es vor, daß in einer Kolonne, wie mir mitgetheilt worden ist, der Schwager eines Meisters als Schlosser in der Schlosserei thätig ist, während er gelernter Böttcher (Fak-

binder) ist. Wenn nun die ungeschulten Leute einen Fehler machen, so haben die geschulten, die das nicht bemerken, einfach dafür mit zu büßen. Ich meine, eine derartige Einrichtung ist nicht zulässig, und die Regierung hätte die Pflicht, dem entgegenzutreten. Ich komme nun zu Abzügen, die außerdem noch vorkommen, und die ich mir erlauben werde Ihnen im Weiteren noch vorzutragen.

Eine ganz besonders verwerfliche Einrichtung, die ich, trotzdem ich lange Jahre als Schlosser in vielen Etablissements thätig gewesen bin, in keinem anderen Etablissement gefunden habe, ist, daß die Arbeiter die Kosten des Leuchtgases bezahlen müssen, welches sie bei ihrer Arbeit gebrauchen. Das ist doch geradezu merkwürdig, daß man Arbeitern der königlichen Werkstätten zumuthet, das Gas zu bezahlen, welches sie im Interesse der Werkstatt, im Interesse des Reiches verbrauchen, und es geschieht dies auch schwerlich von einer anderen Seite. Ich halte dafür, daß wir uns dagegen aussprechen, weil, wenn die „königlichen Musteranstalten“ derartige Einrichtungen halten, das böse Beispiel derselben die guten Sitten in den Privatwerkstätten verderben würde. Und, wenn wir angesichts des allgemeinen Zuges der Zeit, in Sozialreform zu machen, angesichts des fortgeschritten Bestrebens der Regierung, soziale Gesehe einzubringen, solche Zustände in königlichen Werkstätten finden, dann müssen wir uns entschieden dagegen aussprechen, und zwar nicht bloß im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Regierung. Denn wenn die Regierungen auf der einen Seite sagen, sie wollen dafür wirken, daß die Lage des Arbeiters gebessert werde, und auf der andern Seite in ihren eignen Werkstätten Dinge dulden, die man nicht dulden darf, dann stehen die Worte mit den Thaten in sehr schlechtem Einklang, und ich meine, daß wir uns dagegen verwahren und der Regierung Gelegenheit geben, auch ihrerseits Stellung dagegen zu nehmen.

Ueber den erwähnten Fall der Bezahlung von Leuchtgas gestatten Sie mir eine Zeitungsnotiz vorzulesen, die gerade in dieser Richtung außerordentlich originell ist; sie lautet:

In der Gewerksfabrik zu Spandau kommt es des öfteren vor, daß das elektrische Licht nicht allen Anforderungen, welche an die Beleuchtung der Räume gestellt waren, entspricht, und das Gas zu Hilfe gezogen werden muß. Für das so nebenbei im Interesse des Etablissements, nicht der Arbeiter, verbrauchte Gas zieht nun der Meister Kenntnis jedem der bei ihm beschäftigten 60 bis 66 Arbeiter am Ende des Monats 2,30 Mk. ab. Wie er diesen Abzug rechtfertigen will, das begreife ein Anderer, wir nicht. Eine über dieses Vorgehen des betreffenden Meisters von den Arbeitern an die Direktion eingereichte Beschwerde ist fruchtlos geblieben. Dies ist umso mehr

unverständlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Abzüge von keinem anderen Meister des Stablflements gemacht werden. Vom Meister Kemnitz wurde auch schon im vorigen Winter in der angezogenen Weise den Arbeitern der Lohn geschmälert; der Abzug betrug aber damals bloß 50 Pf. bis 1 Mark. Jedenfalls zeugt der Umstand, daß derartige überhaupt in einem Staatsbetriebe vorkommen kann, davon, daß derselbe noch lange nicht dem Ideal einer Musteranstalt gleichkommt.

Meine Herren, ich habe Ihnen hier diese Notiz vorgelesen. Ich bin erstaunt darüber, daß seitens der königlichen Regierung diesem Unwesen in den Werkstätten der Gewehrfabriken in Spandau nicht entgegengetreten ist, und gebe mich der Hoffnung hin, daß es nunmehr geschehen wird.

Meine Herren, auch bei den Lohnauszahlungen in den königlichen Werkstätten wird eine eigenthümliche Methode beobachtet, die ich nicht unerwähnt lassen darf. Nach dem vorhandenen Reglement sollen am 8. und 23. jeden Monats die Lohnauszahlungen stattfinden; das ist für Arbeiter, die einen Verdienst von 20 bis 24 Mark haben, eine sehr lange Zeit. Es wird durchschnittlich nicht einmal alle 14 Tage dieser Lohn ausbezahlt. Ich meine, da sollte die königliche Regierung doch die Direktion veranlassen, darauf zu sehen, daß diese Termine auch ganz eingehalten werden. Denn die Arbeiter der königlichen Werkstätten in Spandau haben sich auf dieselben eingerichtet; sie haben bei Bäcker, Metzger und Krämer ihren Kredit auf diese Termine gestützt. Wenn nun seitens der königlichen Direktion der Anstalten aus irgend einem Anlaß — wer schuld ist, weiß ich nicht — diese Termine nicht eingehalten werden, so kommen die Arbeiter bei diesen ihren Gläubigern thatsächlich in Mißkredit.

Meine Herren, im Monat Februar fiel der 8. auf einen Sonntag; statt daß, wie das bei jeder Privatgesellschaft der Fall sein würde, nun die Auszahlung des Lohnes, wie es sich geziemen würde, auf den 7. angelegt und angeordnet worden wäre, ward der Lohn erst am 9. ausbezahlt. Ja, meine Herren, ich meine, das ist mindestens eine Rücksichtslosigkeit, die Sie unter keinen Umständen in einer königlichen Werkstätte gutheißen können.

Aber, meine Herren, ich habe noch andere Klagen. Ich bedaure, gerade heute die Zeit des hohen Hauses mit Klagen in Anspruch nehmen zu müssen. Ich habe Klagen über die Fabrikräume; es sind mir da Dinge zu Ohren gekommen, die meiner Ansicht nach thatsächlich in solchen königlichen Werkstätten nicht vorkommen sollten, und die ich hier bitte ganz gehöhrig sich zu merken; namentlich möchte ich die Herren Regierungsvertreter ersuchen, da einmal nachzusehen. Es wurde im vorigen Jahr ein Bodenraum der Fabrik in Spandau benutzt, der bis dahin nicht als Werkstätte benutzt werden konnte; dieser Bodenraum wurde zur Werkstätte eingerichtet, und das Licht wurde durch kleine, schräg liegende Fenster hinein gebracht. Dieses Licht war so ungenügend, daß auch am Tage bei elektrischer Beleuchtung gearbeitet werden mußte. Dabei kam es nicht selten vor, daß auch die elektrische Beleuchtung außerordentlich mangelhaft war, so daß die Arbeiter thatsächlich Kopfschmerz bekamen von der Anstrengung der Sehnerben und an ihrer Gesundheit Schaden nahmen. Ja, im letzten Winter während der strengen Kälte, wo thatsächlich 18 Grad Kälte geherrscht haben, sind erst auf ausdrückliches Verlangen der Arbeiter eiserne Defen gesetzt worden, um den unerbittlichen Zustand einigermaßen zu beseitigen. Ich meine, da sollte unter Umständen die Regierung vorher eingreifen und Sorge tragen, daß das aufhört.

Ein recht unangenehmes Verfahren, welches ich nicht unterlassen kann auch zur Sprache zu bringen, ist das Ansehen von Strafgeißeln. Meine Herren, da sind mir eine ganze Menge von Klagen zu Ohren gekommen, und ich muß gestehen: ich verstehe nicht, wie diese nicht bereits direkt seitens der Direktion der Verwaltung der königlichen Werkstätte beseitigt worden sind.

Zunächst haben die Arbeiterinnen — von jenen habe ich die meisten Klagen erhalten — sich härter zu beschweren, daß sie wegen Zusparkommens eine Strafe zu entrichten haben, das erste Mal von 25, das zweite Mal von 50 und das dritte Mal von 75 Pfennigen. Bedenken Sie doch: diese armen Arbeiterinnen verdienen den Tag 1,75 Mark und sind dabei noch gezwungen, die Eisenbahn zu benutzen und dafür wöchentlich das Fahrgehalt zu bezahlen! Wenn ihnen von ihrem Lohn 25 beziehungsweise 50, ja 75 Pf. abgezogen werden, so thut das weh. Dabei nimmt die Direktion der königlichen Gewehrfabrik gar kein Rücksicht auf die Verpätung der Züge von Berlin nach Spandau. Gleichviel, ob die Züge daran schuld sind oder nicht, die Arbeiterin wird bestraft; sie muß einfach das Geld abführen an die Direktion oder an eine Kasse, von der ich keine Ahnung habe, aber hoffe, daß sie seitens der Regierung eruiert werden wird.

Aber das ist es nicht allein; die Arbeiterinnen beklagen sich bitter darüber, daß seitens der Verwaltung der Werkstätte so wenig Rücksicht auf ihren gesundheitlichen Zustand genommen wird, daß sie, wenn sie zu spät kommen, auch noch lange vor der Thür der Werkstätte warten müssen bei Kälte, Schnee und Regen; und wenn sie durch und durch bis auf die Haut naß werden, müssen sie stehen und warten, bis sie eingelassen werden.

Meine Herren, ich muß gestehen, eine königliche Werkstätte, in der Weise eingerichtet, so geleitet, ist ein merkwürdiges Ding. Ich bin der letzte, der darüber etwas sagt, daß Ordnung und Disziplin in einem großen Stablflement herrschen muß. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, daß das selbstverständlich notwendig ist. Aber Härten, Grausamkeiten mit Ordnung und Disziplin vereinbaren ist ein Ding, das meiner Ansicht nach absolut unzulässig ist. Es wäre also notwendig, daß die Regierung auch hier Wandel schaffte.

Eine ganz eigenthümliche Thatsache wird mir hier noch zum Schluß mitgeteilt, daß nämlich in neuerer Zeit den Arbeiterinnen zugemuthet wird, die Strafe gleich zu bezahlen, damit sie nicht ans schwarze Brett kommen, und daß die meisten das auch thun, weil sie nicht gern am schwarzen Brett stehen möchten. Ich meine, das sei doch eine Einrichtung, die einer Musteranstalt absolut nicht würdig ist; auch da müßte man eine Aenderung eintreten lassen.

Ein weiteres merkwürdiges Faktum, welches ich Ihnen vortragen muß, ist die Art und Weise, wie die Arbeiterinnen für das Mädchenheim bearbeitet werden. Ich halte es für's allerbeste, daß ich Ihnen in dieser Richtung einen Satz aus einer mir zugegangenen Zuschrift verlese; denn ich glaube, besser, als die schlichte Arbeiterin es vorträgt, kann ich es Ihnen nicht vortragen. Es heißt hier:

Im vorigen Jahre wurde seitens der Direktion durch Anschlag bekannt gemacht, daß jedes Mädchen nach dem Mädchenheim ziehen müsse. Das Volkskücheneisen in der Munitionsfabrik für 15 $\frac{1}{2}$ die Portion scheint nicht besonderen Anlang zu finden; denn sämmtliche Arbeiterinnen lassen es stehen. Jetzt läßt mau Diejenigen aufschreiben, die nicht essen wollen. Angeblich kommen sie in's schwarze Buch. Wie eine Vorarbeiterin sogar

sagte, würden Diejenigen wohl entlassen werden, die nicht essen. Auch die Röhren zum Kaffeewärmen sind verboten.

Meine Herren, ich verstehe nicht, wie man das in Einklang bringen kann mit der Arbeiterfreundlichkeit, die Sie üben wollen. Die eisernen Röhren zum Kaffeewärmen in der Fabrik können sehr gut benutzt werden; ich weiß aus eigener Erfahrung, daß das den eisernen Röhren nichts thut, und ich weiß, daß ein solches Verbot die Arbeiter außerordentlich aufreizt, und ich verstehe nicht, wie Sie die Arbeiterinnen so aufreizen können. Das ist mir ein Räthsel. Ich möchte also unter allen Umständen in dieser Beziehung warnen.

Ich habe weiter die Klagen hier vorzutragen über die Art, wie in der königlichen Werkstätte die patriotischen Feiertage begangen werden. Meine Herren, die patriotischen Feiertage werden den Leuten in folgender Weise vergütet: die Arbeiter erhalten aus den Ueberschüssen der Kantinenwirthschaft dafür 3 $\frac{1}{2}$ M. Ja, meine Herren, das ist doch aber wirklich ein eigenthümliches Verfahren. Der Ueberschuß aus der Kantinenwirthschaft ist der Ueberschuß, den die Arbeiter von ihren sauer verdienten Groschen an die Kantinenwirthschaft abliefern, indem sie für die Getränke und das Essen bezahlen, welches sie da genießen. Aus diesem Gelde der Arbeiter werden großmüthig für patriotische Feiertage 3 $\frac{1}{2}$ M. bewilligt! Ja, ich muß gestehen, das ist so außerordentlich großartig, daß ich nicht weiß, was ich eigentlich dazu sagen soll; es kommt mir zu großartig vor! Am Sedantag wird sogar gar nichts bezahlt, und ich verstehe nicht, warum man am Sedantage gar nichts bezahlt. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mittheilung machen, daß, als wir vor einigen Tagen in der zweiten heftigen Kammer, der anzugehören ich die Ehre habe, ähnliche Mißstände zur Sprache brachten, die sich bei den Arbeitern der Main-Neudarbahn eingeschlichen hatten, Seine Excellenz der Herr Finanzminister erklärte, daß er von nun an darauf sehen würde, daß die Arbeiter die patriotischen Feiertage aus der Staatskasse bezahlt erhalten sollten. Ich empfehle den Herren, die Einfluß auf die Direktion der königlichen Gewehrwerkstätten haben, das Beispiel Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers von Hessen nachzuahmen.

Meine Herren, über diese Feiertage, namentlich über den letzten großen Feiertag, den die Arbeiter gehalten haben, den 27. Januar, den Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers, schreibt mir ein Arbeiter dieser Gewehrfabrik — und Sie gestatten, daß ich das ebenfalls vorlese; es kennzeichnet viel besser die allgemeine Situation, als wenn ich es vortragen würde — Folgendes:

Am 27. Januar wurde der Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers gefeiert. Das Fest dauerte bis Morgens gegen 5 Uhr; um $\frac{3}{4}$ 5 Uhr fuhr der erste Zug nach Berlin. Die in Berlin anwesenden Arbeiter verließen um diese Zeit das Fest; sie sollten um 11 Uhr wieder zur Arbeit sein. Um 7 Uhr trafen die Arbeiter im Großen und Ganzen erst in ihrer Behausung ein, sie waren also nicht im Stande, ohne Gefahr für ihre Gesundheit wieder im maschinellen Betrieb

(Weiterkeit links)

— ja, meine Herren, das verstehen wohl die, die den maschinellen Betrieb kennen und wissen, wie leicht der Arbeiter für sein ganzes Leben unglücklich werden kann, wenn er unausgeruht die Arbeit beginnt, und, wenn Sie darüber lachen, so sage ich, daß Sie die Sache nicht kennen, davon nichts verstehen —

(Zuruf rechts)

also nicht im Stande, ohne Gefahr für ihre Gesundheit wieder im maschi-

nellen Betrieb thätig zu sein. Eine Möglichkeit, früher nach Haus zurückzufahren bestand nicht. Ein Meister, Adam,

— sogar den Namen hat man hier genannt, —

zog denjenigen Arbeitern, die am nächsten Tage nicht anwesend waren, $\frac{1}{2}$ 1,50 ab.

Meine Herren, Sie haben hier ein eigenes Bild: der Arbeiter, der am Tage des Festes zu Ehren Seiner Majestät sich etwas zu Gute gethan hat, verliert den folgenden Tag ohnehin schon an Lohn, und dann kommt ein Meister und zieht dem armen Menschen noch $\frac{1}{2}$ 1,50 ab. Ich meine nun, auch in dieser Richtung sollten die Vertreter der kaiserlichen Regierung, die heute hier anwesend sind, ihren Einfluß geltend machen zur Vermeidung einer Wiederholung solcher Vorkommnisse, und dies sollte um so mehr geschehen, als es leicht zu beseitigende Härten sind, und ich nicht wünsche, daß der Herr Abgeordnete Szmulka etwa meint, das seien „maßlose“ Uebertreibungen. Meine Herren, das sind keine maßlosen Uebertreibungen; das sind so kühn und ruhig hingeworfene Worte, daß von „maßlos“ gar nicht die Rede sein kann.

Unter dem früheren Kriegsminister, Herrn v. Werdy, nahm es einmal in dieser Gewehrfabrik den Anschein, als wenn es besser werden sollte; es wurden Lohn erhöhungen versprochen, es wurde den Arbeitern ferner gesagt: Ihr dürft Euch jetzt direkt bei dem Herrn Kriegsminister beschweren. Meine Herren, das war ein außerordentlicher Vortheil; denn die Beschwerde so im Allgemeinen ist auch in den königlichen Gewehrfabriken ein sehr bedenkliches Ding; ich behaupte dies, obgleich der Herr Abgeordnete Szmulka wieder sagen wird: das ist eine „fürchterliche Uebertreibung“. Meine Herren, das ist gar keine Uebertreibung; das ist eine Thatsache, die sich gar nicht leugnen läßt. Wenn ein Arbeiter der königlichen Gewehrfabrik sich beschwert über irgend eine Zumuthung, wenn er sich beschwert über eine beleidigende Behandlung, die ihm seitens eines Vorgesetzten zu Theil wird, dann, meine Herren, ist er eben in vierzehn Tagen oder möglicher Weise noch eher vor der Thür, dann kriegt er gesagt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Ich muß gestehen, daß da den Arbeitern meistens der Muth vergeht, sich zu beschweren, und namentlich den Verheiratheten, die nicht wollen, daß ihre Familien in Noth und Elend darben sollen. Da, meine Herren, wäre es an der Zeit, daß man einschritte. Die Beschwerden dieser Art, meine Herren, sind absolut nicht maßlos, sondern sie sind sehr berechtigt, und ich wünschte, daß sie von diesem Gesichtspunkt aus ohne jede Voreingenommenheit beurtheilt würden. Meine Herren, denken Sie nicht immer: was kann von Nazareth Gutes kommen? Denken Sie nicht immer: was kann der Sozialdemokrat Wahres sagen? — sondern bedenken Sie: wir sind die Vertreter der Enterbten, und wir wünschen, daß diese Enterbten ein besseres Leben führen, und zeigen Sie in Ihren königlichen Werkstätten, daß Sie gewillt sind, diese Besserung eintreten zu lassen!

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß den Arbeitern, besonders den Arbeiterinnen auch Lohn erhöhungen versprochen seien. Meine Herren, diese Lohn erhöhungen sind zum Theil eingetreten — was ich besonders erkläre, damit man nicht etwa sagt, ich hätte nicht die Wahrheit gesprochen —; aber die Arbeiterinnen unter 16 Jahren haben keine Lohn erhöhungen bekommen.

Meine Herren, ich meine also, daß hiermit hinreichend erwiesen ist, daß manches gebessert werden könnte, und ich würde außerordentlich erfreut sein, wenn

die heutigen Mittheilungen, die ich hier vorgetragen, dazu beitragen würden, zu veranlassen, daß eine Besserung eintritt. So weit hätte ich das gesagt, was ich bezüglich der königlichen Anstalten in Spandau zu sagen habe.
(Schluß folgt.)

Die „Frankfurter Zeitung“

obwohl ein Bourgeois-Organ, urtheilt über die in letzter Zeit stattgefundenen Kämpfe der Arbeiter sehr objektiv. „Aufsässig oft, schreibt sie, sind in der letzten Zeit, und zwar nicht bloß in Deutschland, große Arbeitslosenstellungen von Mißerfolg begleitet gewesen. Arbeiterfeindliche Blätter stellen soeben mehrere solcher Fälle zusammen; sie nennen den mißglückten Ausstand der Hamburger Zigarrenarbeiter, der beinahe eine halbe Million Kosten verursachte, oder sie führen den Sieg der englischen Arbeiter an, den diese gegen die Gewerksvereine der Matrosen erfochten. Diese Thatsachen sind unbestreitbar. Aber sie werden vielfach unrichtig erklärt. Blätter wie die „Köln. Ztg.“ knüpfen natürlich an den mißglückten Hamburger Ausstand sofort die Folgerung, daß das Uebertriebene der Arbeiterforderungen die Ursache des Mißerfolges sei. Die Zigarrenarbeiter hätten zu Unrecht „in das Hausrecht der Fabrikanten eingreifen wollen, indem sie verlangten, daß ihnen nichtzufugende Beamte und Arbeiter entlassen und die Fabriken mit spionirenden Genossen besetzt würden, welche beauftragt waren, in die Geschäftsgelheimnisse einzudringen und darüber Bericht zu erstatten.“ Diese Insinuation trägt den tendenziösen Stempel an der Stirn. Näher kommen den wahren Gründen schon diejenigen, welche in Anknüpfung an den englischen Schiffsbauarbeiterstreik den Kampf der Gewerksvereine gegen die „freie“, d. h. nicht organisierte Arbeit vorläufig noch als aussichtslos bezeichnen. Befolgt man den hier angesprochenen Gedanken weiter, so gelangt man unseres Erachtens zu einem richtigeren Urtheil über den Ausgang der sozialen Kämpfe in den letzten Monaten.

In der Ueberschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung derjenigen ihrer Gegner haben die Arbeiter seit Jahresfrist sehr viel gefehlt. Wenn man jetzt einen Blick zurückwirft auf die Koalitionsbewegung speziell in Deutschland seit Beginn vorigen Jahres, so frappirt die Mannichfaltigkeit und Großartigkeit der Unternehmer-Verbindungen, welche in dieser Zeit so zahlreich wie nie zuvor in's Leben getreten sind. Die Februarerlasse des Kaisers waren kaum in's Land gegangen, der alte Reichskanzler hatte kaum die schwere Hand von dem Ruder gelassen, bei dessen Führung ihm das Interesse einzelner großindustrieller Gruppen immer maßgebend gewesen war, so erfolgte aus zahlreichen Unternehmerkreisen die Reaktion gegen die vermeintliche Bedrohung ihrer Interessen, welche in der Sozialpolitik der neuen Ära liegen sollte. Die Monate März und April vorigen Jahres sahen rasch eine große Anzahl von Unternehmer-Verbindungen ins Leben treten, die den ausgesprochenen Zweck hatten, die Kräfte der einzelnen Produzenten für den Lohnkampf mit den Arbeitern zu stärken. Der Ablauf des Sozialistengesetzes förderte diese Bewegung ebenfalls, und sie ist noch heute nicht zum Abschluß gekommen. Jedemfalls holte sie sehr schnell die Verbindung großer Unternehmergruppen nach, die bisher nicht in diesem Maße angestrebt, wohl aber durch die Berufsgenossenschaften, freien Vereine und Innungen vorbereitet war. Wir erinnern nur an die vielbesprochene Vereinigung der Cottbuser Tuchfabriken und ihr Depot bei der Reichsbank, an die Vereinigung der sächsischen Webereibesitzer in Chemnitz, an das geschlossene Vorgehen der Darmstädter Memendreherei-

besitzer gegen ihre Arbeiter, von denen ursprünglich nur ein Theil gestreikt hatte, an ähnliche Koalitionen in Spremberg, Rathenow (Ziegeleibesitzer), an den mächtigen Verband deutscher Metall-Industrieller, der zur Abwehr der Arbeiterkoalitionen gegründet wurde, an den Zusammenschluß der Zigarrenfabrikanten in Braunschweig und Hamburg, die Vereinigung der Schuh-Fabriken in Erfurt, an den neuen Verband badischer Fabrikanten, der aus sozialen Differenzen hervorging, an den Arbeitgeber-Bund, zu dessen Gründung die deutschen Bau-gewermeister soeben durch einen Aufruf aufgefordert haben, sowie an die erste gemeinsame Konferenz deutscher Kohlen-zechen-Verwaltungen in Berlin, die vor Kurzem behufs Stellungnahme zu den bekannten Bergmanns-Forderungen zusammentrat und zur Information von Regierungsvorstehern besucht war. Bis tief in die Kreise der ländlichen Arbeitgeber ist das Bestreben gedrungen, die bisher veräumte Verbindung nachzuholen. Schon voriges Jahr vereinigten sich die Bauern mehrerer Ortschaften der Land-provinz Lüneburg zu einem Bohnkott gegen Personen mit sozialdemokratischen Bestrebungen, und der Verein ländlicher Arbeitgeber in der Provinz Sachsen ist dem Vernehmen nach in guter Entwicklung begriffen. Eigentlich auch seit vorigem Jahre erst kennen wir in Deutschland den sogenannten „Generalstreik“ der Unter-nehmer, dessen Wesen darin besteht, daß eine ganze Gruppe von Arbeitgebern ihre gesammten Betriebe schließt, auch wenn nur bei einem Genossen dieser Gruppe eine Lohn-differenz mit den Arbeitern aus-gebrochen ist. Eine große Zahl der oben genannten Vereinigungen hat ihre Kraft schon an solchen erfolgreich durchgeföh-ten Arbeitssperren erprobt.

Der kurze, natürlich keineswegs voll-ständige Rückblick, den wir auf diese Bewegung geworfen haben, sollte nur den Zweck haben, den Umfang und die Tiefe dieser neuen Entwicklung einigermaßen anzudeuten. Jedenfalls ist es sicher, daß die Koalitions-Bewegung der Arbeiter keineswegs gleichen Schritt mit der rapiden Entwid-lung der Unternehmervereinigungen im letzten Jahre gehalten hat. Im Gegentheil, nach Aufhebung des Sozia-listen-Gesetzes sind mehrfache Reibungen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft zu Tage getreten, es hat sich die Noth-wendigkeit einer Revision des sozialdemo-kratischen Programms herausgestellt, die auch nicht ohne mannigfache Kontroversen abgeht; schließlich schwächt der Nieder-gang der wirtschaftlichen Kon-junktur, in dem wir uns seit Längerem befinden, die Widerstandskraft der Arbeiter ebenfalls zuerst. Wir behaupten selbst-verständlich keinen Rückgang in der Ar-beiterbewegung; aber die Arbeiterorgani-sationen haben im letzten Jahre aus mannigfachen Gründen nicht gleich große Fortschritte gemacht, wie diejenige der Unternehmer. Die Arbeiter haben vielfach bei Streiks und Lohn-differenzen mit Voraussetzungen aus der Zeit vor 1890 operirt, die jetzt nicht mehr zutreffen. Sie haben die Distanz noch nicht wieder eingeholt, und daher sind ihre zahlreichen schwerwiegenden Mißerfolge aus der letzten Zeit sehr einfach zu erklären. Man halte sich nur an ein Beispiel: die Konferenz sämtlicher deutscher Zechenverwaltungen von West und Ost kam in Berlin gleich das erste Mal nahezu vollzählig und wirksam zu Stande. Die deutschen Berg-arbeiter dagegen sind noch heute in mehrere Unter-Verbände zerplittert, die mehr nominelle, als faktische Fühlung mit einander haben. Und selbst den Einzel-Verbänden gehört kaum die Hälfte aller Bergleute an, während die Zechenvereini-gung lückenlos geschlossen ist.

Im Interesse der Arbeiter selbst ist zu

wünschen, daß sie die vollen Konsequenzen aus diesen Thatsachen ziehen und jeden Bohnkampf, vollends einen nutzlosen par-tiellen, vermeiden, bei dem die Kräfte von vornherein ungleich vertheilt sind. Wir haben nicht nöthig, zu versichern, daß wir unbedingte Freunde der Koalitionsfreiheit sind und den Arbeitern die Berechtigung gleich engen Zusammen-schlusses zugestehen, wie ihren Arbeit-gebern. Bevor aber jener nicht vollzogen ist, nißt nur friedliche Organisations-arbeit, und vorzeitige Kraftproben können diese Arbeit um Jahre zurückwerfen. In den Kohlenrevieren wird deshalb den Bergleuten gegenwärtig von der Sozial-demokratie eindringlich Selbstbeherrschung und Zurückhaltung gepredigt, und zwar mit vollem Ernst gepredigt, wie wir glauben. In rheinischen Zentrumsblättern begegnen wir Auslassungen, in denen ge-fragt wird: „Warum haben die Herren nicht früher von Berlin aus ihre Freunde „gewarnt“? Ein Ausstand im Ruhrrevier wird für absehbare Zeiten nicht von dem Willen der Berliner Genossen abhängen.“ Das ist ein freies Spiel mit ernstesten Dingen. Die Bestrebungen, die Arbeiter zu beruhigen, und zur Einsicht der that-sächlichen Machtverhältnisse zurückzuführen, verdienen Unterstützung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, und es wäre nur zu wünschen, daß sich in allen Zweigen unserer gewerblichen Thätigkeit beim Kampf um soziale Interessen beide Seiten die Abwägung der gegenseitigen Machtverhältnisse mehr zur Pflicht machten. Die Zukunft wird wohl endlich auch für Deutschland noch die gezielte Form bringen, in der dieser Ausgleich am vor-theilhaftesten für die ruhige soziale Ent-wicklung stattfindet.“

Gesundheitslehre für die arbeitenden Klassen.

(Sonntagsbeilage des „Vorwärts“.)

Unter diesem Titel hat Dr. L. Hirt, Professor an der Universität Breslau ein Büchlein herausgegeben, von dem er in der Vorrede sagt, daß es in engster Be-ziehung zu dem Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversorgung stehe. Worin diese „Beziehungen“ be- stehen, vermochten wir auch nach ein-gehendstem Studium nicht zu entdecken; möglich, daß der Herr Professor damit andeuten wollte, daß die guten Rath-schläge, welche er in seiner „Gesundheits-lehre“ speziell bei dem Kapitel der Er-nährung gibt, für jeden Reichspensionär von höchster Wichtigkeit seien. In dem Schriftchen selbst tritt uns der gelehrte Professor entgegen „wie er im Buche steht“ mit seiner krassen Ignoranz bei Beurtheilung der einfachsten Dinge, mit seiner halbbrecherischen Logik und jener grandiosen Feigheit, die nach einem winzigen Anlauf zum Guten, sofort wieder, entsetzt vor der eigenen Kühnheit, zum Rückzuge bläst.

Zunächst ertheilt der Herr Professor einem Arbeiter das Wort, um ihn seine Bedenken gegen die „Gesundheitslehre“ vortragen lassen. „Ja, ja“, so läßt sich der Arbeiter vernehmen, „man hat gut reden! Wozu lehrt man uns, was schädlich ist, wenn wir nicht die Mittel und das Geld besitzen, es zu ändern? Auf solche Dinge können nur die Wohlhabenden und Reichen achten, wir Arbeiter sind froh, wenn wir das liebe Brod haben, was nißt uns die Kenntniß der Krankheitsursachen?“

Diese Darstellung, welche der Arbeiter über seine soziale Lage innerhalb der heutigen Gesellschaft gibt, erklärt der Herr Professor einfach für „unwahr!“ Wir werden bald sehen wie der Herr Professor diese seine Behauptung selbst schlagend widerlegt. Zunächst behandelt er die Wohnungsfrage und da muß er denn, 20 Zeilen weiter, nachdem er das große

Wort von der „Unwahrheit“ gelassen ausgesprochen, selbst be- und wehmüthig eingestehen, „daß die Wohnungsfrage gerade was den Arbeiter anbelangt, so kolossale Schwierigkeiten biete, daß sich ihr gegenüber, gestehen wir es frei und offen, selbst in den maßgebenden Kreisen eine gewisse Rathlosigkeit geltend macht.“

„Man kann billigerweise Niemandem zumuthen, daß er ein Drittel oder gar die Hälfte dessen, was er mühselig erwirbt, auf die Wohnung ausgibt, und doch würde das nöthig, wenn man in großen Städten auf ein gesundes Haus Anspruch machen will.“

Schadet aber Alles nichts! „Wenigstens darf der Arbeiter nicht das Verständniß für die unbezahlbaren (dieses „unbezahlbar“ ist wirklich köstlich) Vortheile einer gesunden Wohnung verlieren, keines-falls darf er an Miethszins sparen, um dafür Bier oder Schnaps für sich, und ein Kleid oder dergleichen für die Frau zu kaufen!“

„Wie groß muß denn“, so salbabert der Herr Professor weiter, „ein Zimmer sein, damit eine Familie von 5 Köpfen ohne Schädigung der Gesundheit darin wohnen kann? Diese Frage müßte sich doch jeder Arbeiter wenigstens einmal vorlegen, wenn — er vielleicht auch nicht im Stande ist, die Forderungen der Gesundheitspflege zu erfüllen.“ Ist das letztere der Fall, dann gibt es für den Arbeiter immer noch ein Mittel: „Die Fenster auf, so lange und so weit wie möglich auf! Vorausgesetzt natürlich, daß die einströmende Luft nicht etwa (sic!) auch wieder verborben ist, wie es ja der Fall sein kann, wenn gewisse Fabrikanlagen die Luft verpesten. Von den Kellerwohnungen weist der Herr Pro-fessor eingehend nach, daß sie immer ge-sundheits-schädlich sind, anstatt aber daraus den Schluß zu ziehen, daß dem Boden-macher, durch welchen Millionen das Leben verleiht und verkürzt wird, ein Ende gemacht werden müßte, sintermalen noch genügend Raum auf Erden vor-handen ist, und die Gesellschaft auch über die nöthigen Mittel verfügt, einem Jeden eine luftige und gesunde Wohnung zu verschaffen, ruft er den Arbeitern zu: „Meidet also die Kellerwohnungen und vergeßt nicht, daß unter den im Keller Wohnenden eine erschreckend hohe Sterb-lichkeit herrscht.“ Noch gründlicher führt sich der Herr Professor selbst ad absurdum, wo er von den Fabrikräumlichkeiten spricht. „Wenn ich auch nun sehr wohl weiß, daß der Arbeiter auf die Beschaffen-heit dieser Räume so gut wie gar keinen Einfluß ausübt, da man seine Ansichten darüber nicht einholt und auf später ausgesprochene Wünsche bezüglich der-selben kaum jemals Rücksicht nehmen wird, so halte ich es doch für sehr noth-wendig, ihm auch bezüglich der Arbeits-räume einige belehrende Winke mit auf den Weg zu geben.“ Jeder Kommentar ist überflüssig.

Nach der Wohnungsfrage kommt die Nahrungsfrage. Hier ist es natürlich wieder nur die bodenlose Dummheit der Arbeiter, welche sie an einer rationellen Ernährung hindert. Denn „nur den Wenigsten ist klar, was die Ernährung eigentlich bezwecken soll, nur die Wenigsten haben eine Ahnung davon, daß es durch-aus nicht gleichgültig ist, was man isst, die große Mehrzahl genießt, was sich eben bietet und hält es für das Wich-tigste und Wünschenswertheste, für mög-lichst wenig Geld möglichst viel zu er-halten. Sat: werden, daß ist die Haupt-sache, wovon spielt keine Rolle.“

Ja, ja, diese Dummköpfe von Arbeitern! Anstatt einen saftigen Rehrücken bedächtig mit Burgunder hinunter zu spülen, ver-schlingen sie ihre Pellkartoffeln mit Funke. Hinterher schlägt dem Herrn Professor allerdings das Gewissen, er meint, „man dürfe natürlich nicht vergessen, daß es

bei einer zahlreichen Familie für den Ernährer „vielleicht“ eine sehr schwierige Aufgabe ist, dieselbe satt zu machen und man versteht es wohl, daß es ihm im höchsten Grade gleichgültig ist, womit ihm das gelingt — bis zu einer gewissen Grenze wird man dieser Thatsache gegenüber immer nachlässig bleiben; allein über diese Grenze hinaus darf man die Sache doch nicht auf sich beruhen lassen.“ Hier wird nun Jeder die Schlussfolgerung erwarten, daß die menschliche Gesellschaft dabei interessiert ist, ihre einzelnen Mitglieder nicht über diese „gewisse Grenze“ hinaus darben zu lassen, und daß daher jedem Einzelnen ein gewisses Existenzminimum garantiert werden müsse. Aber weit gefehlt! Ist die Lebenshaltung des Arbeiters an dieser „Grenze“ angelangt, dann muß als rettender Engel die deutsche Hausfrau eingreifen und durch ihre Kochkunst den Speisen an Wohlgeschmack verleihen, was ihnen an Nährwerth abgeht. Groß sind die Anforderungen freilich nicht, welche der Herr Professor an das Wissen und Können der Arbeiterfrau auf dem Gebiete der echten Kochkunst stellt. Nur „einzelnes“ wird sie sich zu eigen machen müssen, wie z. B. den Gebrauch des Kochsalzes, ohne welches die Speisen sammt und sonders ungenießbar bleiben.“

Auch für die kalte Küche erteilt Herr Hirt den Arbeiterfrauen gute Rathschläge: „Fügt man dem trockenen Brode, welches ja allerdings schon beim Backen gesalzen wurde, noch Kochsalz hinzu, indem man es damit bestreut, so erhöht man seine Verdaulichkeit und schafft sich eines der gesündesten, empfehlenswertheften Nahrungsmittel.“ „Unterachtet die Ernährung also nicht, ihr arbeitenden Männer und Frauen und glaubt ja nicht, daß das Sattwerden allein genügt, um Euch für Eure Arbeit zu stärken.“ „Thut man es aber trotz alledem, wie es unter Umständen in bedrängten Zeiten oder bei besonders schlecht bezahlten Arbeitern (den schlesischen Webern und vielen Anderen) wohl vorkommt, weil man eben nicht anders kann, dann bleiben die üblen Folgen nicht aus, es erkranken zuerst die Kinder, dann auch die Erwachsenen, und zwar lediglich in Folge falscher Ernährung.“

Nach den Nahrungsmitteln folgen die Genussmittel, bei deren Auswahl und Zubereitung der Arbeiter natürlich wieder äußerst ungeschickt zu Werke geht. Statt sich einen „guten und starken“ Kaffee zu kochen, „macht er sich einen „Kaffee“ aus Zichorien, Mandeln, Eicheln, Feigen, und schlägt sich glücklich, wenn ein paar wirkliche Kaffeebohnen hinzugefügt werden können, die dann aber nur dazu dienen, dem Kinde einen Namen zu geben. Eine solche Abkochung, der im günstigsten Falle etwas Milch und Zucker hinzugefügt werden, bildet den Arbeiter- oder Familienkaffee, und sie ist es, die in unglaublichen Mengen konsumirt wird. An Stelle dieses Kaffees, „der eben kein Kaffee, sondern nur eine bräunliche kaffeeähnliche Flüssigkeit ist, und nicht die mindesten, sei es ernährend, sei es anregende Substanzen besitzt, der lediglich den Magen anfüllt und dadurch allerdings für den Augenblick Hunger- und Durstgefühl beseitigt, aber für den Organismus durchaus werthlos ist“, schlägt der Herr Professor die Kuhmilch als Getränk vor.

„Schätzt die Milch höher als euren bünnen nicht nährenden Kaffee und Eure biden den Magen beschwörenden Mehlsuppen“, „der Nutzen ist dann für den Körper bedeutend größer als wenn man Zichorien für Kaffee trinkt.“

Dem Mliemchenkaffee erklärt Herr Hirt also den Krieg, desto größere Anerkennung soll er aber dem echten Schnaps, von dem er sagt, daß „ohne ihn kein Arbeiter auf die Dauer existiren möchte. Der deutsche Arbeiter und überhaupt der

Arbeiter ist ohne irgend welchen Alkoholgenuß auf die Dauer undenkbar.“

Warum der Alkohol, der doch gerade in einem ungenügend ernährten Körper ungleich größere Bewirkungen anrichtet als der Mliemchenkaffee, dennoch mit der beurttheilt wird als der letztere, verdankt er dem Umstand, daß er „anregend“ wirkt, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu erhöhen und vorübergehend die Nahrung zu ersetzen vermag, indem er das Hungergefühl beseitigt und den Verbrauch der eigenen Körperbestandtheile vermindert.“ Doch auch das Bier kommt zu seinem Rechte, denn „es liegt kein Grund zum ernstlichen Widerspruch vor, wenn Arbeiter bei besonders anstrengender Arbeit dünnes Bier genießen.“

Für die übrige Pflege des Körpers, wie sie die Natur gebieterisch fordert, hat der Arbeiterstand ebenfalls nicht das geringste Verständniß.

„Man hat keine Ahnung davon, daß der Arbeiter außer Essen und Trinken überhaupt noch einer Pflege bedarf.“ „Aus freiem Antriebe zu baden und den ganzen Körper zu waschen, lediglich um ihn sauber zu erhalten, das findet man thatsächlich nur ausnahmsweise.“ Und 17 Zeilen weiter: „Der Preis für die Bäder ist fast überall ein so hoher, daß der Arbeiter ohne Weiteres darauf verzichten muß; besonders Bannbäder sind allerorten so theuer, daß die Benutzung nur den wohlhabenden Klassen möglich ist.“ Also auch hier steht der Herr Professor wieder selbst ein, daß die Einwände des Arbeiters gegen seine „Gesundheitslehre“ nur zu wahre und begründete sind.

Seine Ausführungen resumirt Herr Hirt schließlich dahin zusammen, daß 1) die Arbeit so bemessen sein muß, daß sie den Kräften des Arbeiters entspricht, sie niemals übersteigt, und 2) daß auf zweckmäßige und ausreichende Ernährung gehalten werden muß, und fährt dann fort: „keiner dieser beiden Momente darf fehlen, soll die Gesundheit nicht schwer geschädigt werden. Und nun blicken wir hinein in das Thun und Treiben der Arbeiter, sei es in der Werkstätte, sei es in den Arbeitszälen der Fabriken und prüfen, ob Leistungen und Leistungsfähigkeit einander entsprechen, oder ob nicht oft genug jene weit über diese hinausgehen müssen.“ Hier erscheint vor dem feinsten Auge des Herrn Professors das finstere Gesicht eines Paranthemers und schleunigst fügt er in Parenthese bei („daß sie, nämlich die Leistungen, freilich auch häufig hinter ihr, der Leistungsfähigkeit, zurückbleiben und daß die hierauf bezüglichen Klagen der Arbeitgeber begründet sein mögen, kann an der Sache Nichts ändern“). „Untersuchten wir ferner, wie sich der Arbeiter nährt, was er isst und trinkt, um den Stoffverbrauch zu ersetzen, so würden wir in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle finden, daß die Kost, die der Arbeiter sich und den Seinen gewährt, ebenso unzureichend wie verkehrt gewählt ist.“ Während also der männliche Arbeiter zur Erhöhung und Sicherung seines Wohlbefindens nur nöthig hat, Kost, Wohnung u. i. w. für sich und den Seinen entsprechend zu „wählen“, ersieht dem Herrn Professor die Arbeiterin des Schutzes bedürftig, und speziell dann des Schutzes bedürftig, wenn sie sich im Zustande der Schwangerschaft befindet. Er nimmt daher auch einen gewaltigen Anlauf: „Die Schwangerschaft, jener Zeitraum, welcher von der Empfängniß bis zum Eintritt der Geburt dauert, legt der Frau gewisse Verpflichtungen auf, welche sich nicht bloß auf die Erhaltung ihrer eigenen Gesundheit, sondern auch auf das Gedeihen ihrer Frucht und den regelmäßigen Verlauf der Schwangerschaft beziehen; demgemäß hat sie Alles das zu meiden, was ihr oder dem Kinde

Schaden bringen könnte. Diese Vorsicht wird immer dringender geboten, je weiter die Schwangerschaft vorrückt, und ist vom Beginn der zweiten Hälfte ab, also nach etwa achtzehnwöchentlicher Dauer, keinen Augenblick mehr außer Acht zu lassen. Von hier ab etwa müßte in der Fabrikgesetzgebung auf den Zustand offiziell Rücksicht genommen werden“, — Herr des Himmels! plötzlich erkennt der Professor, daß er im Eifer den betretenen Pfad verlassen, daß er Meilen weit in die Stre gegangen, auf eine steile Klippe gerathen, vor einem schauerlichen Abgrunde angekommen ist, aus dem grimmige Gestalten unheimlich emporsteigen, und: Hilfe! Erbarmen! So war's ja nicht gemeint, erbittet seine warme Stimme: „nicht etwa, als sollte die Frau dann schon gänzlich von der Arbeit ausgeschlossen werden,“ als sollten für sie vielleicht Ausnahmestimmungen getroffen, Erleichterungen zugestanden werden, alles das würde die Handhabung der Disziplin erschweren, oder gar unmöglich machen“, Nein! Nein! Nein! — — „es ist doch Alles unmöglich, weil die Noth zur Arbeit zwingt, und man in der Auswahl der letzteren nicht wählerisch sein darf! viele Leibesfrüchte gehen aus hierher gehörigen Gründen unter, ohne auch nur lebensfähig geworden zu sein, und schwerlich wird sich je etwas thun lassen, um das zu verhindern.“

Damit hat sich unser Professor wieder von der Klippe heruntergerettet, aber noch lange schlottern ihm die Gebeine unter den Nachwirkungen des ausgestandenen Schreckens, nie wieder er ein so halbschrednerisches Experiment machen, das gelobt er sich hoch und theuer. Warum denn auch so plump mit der eigenen Meinung herankommen, ein geistreicher Mann wird für das, was nun einmal gesagt werden muß, doch auch eine solche Form finden, die ihn selbst nach keiner Seite hin kompromittirt! Und dies um so mehr, als noch das überaus heikle Thema der Kinderarbeit besprochen werden muß. Doch hier weiß sich der Herr Professor prächtig zu helfen. Er führt zwei Personen redend ein, einen Fabrikanten, der einen zündenden Sermon für die Kinderarbeit hält, und einen Arzt, der sich unterthänigst einige bescheidene Einwürfe gestattet, während der Professor als Unparteiischer fungirt und schließlich konstatirt, daß die beiden Streitenden sich auf folgender Grundlage geeinigt haben: Der Arzt besteht darauf, daß Kinder unter 14 Jahren nicht über 6 Stunden täglich in der Fabrik beschäftigt werden dürfen, erklärt aber, daß gegen eine zwölfstündige Beschäftigung der Kinder, wenn sie das 14. Lebensjahr überschritten haben, ärztlicherseits nichts eingewendet werden könne. Damit ist denn auch der Fabrikant zufrieden, die Beiden schütteln sich gerührt die Hände, und der Professor weiht diesen Bund mit der tiefinnigen Versicherung, daß „sich in allerneuester Zeit Vieles geändert habe.“

Die Arbeiter, die in der That anders geworden sind, wie sie sich der Herr Professor vorstellt, werden freilich diese alte modrige Professorenweisheit, die sich nicht geändert hat, mit Grazie dahin befördern, wo sie hingehört — in das alte Eisen.

A. Gerisch.

Ueber die Maifeier in England

wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Am letzten Donnerstag hat der Londoner Trades Council in einer Sitzung, an der gegen 130 Delegirte Theil nahmen, mit an Einkünmigkeit grenzender Mehrheit folgende Resolution beschlossen: „Der Londoner Trades Council wirkt Hand in Hand mit dem Komitee für die Achtstundengesetz-Demonstration für die Veranstaltung einer Piesendemonstration am

3. Mai zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundengesetzes (Arbeits-)Tages.“ Nicht nur die Annahme dieser Resolution, die von den Delegirten der Londoner Metallarbeiter des großen Gewerksvereins der Metallarbeiter beauftragt worden war, sondern überhaupt die ganze Behandlung des Gegenstandes im Trades Council ist für den neuen Geist, der in dieser Körperschaft eingezogen, bezeichnend. Vor einem Jahre lehnte der Trades Council mit Mehrheit ab, sich mit der Achtstunden Liga überhaupt in Verbindung zu setzen, er weigerte sich sogar, eine Kommission derselben zu empfangen, weil Frau Aveling, die derselben angehörte, keine Arbeiterin sei. Diesmal wurde die Kommission empfangen, obwohl ihr Sprecher, Dr. Edw. Aveling, jedenfalls viel weniger Arbeiter im Sinne der Gewerksvereins-Praxis ist, als seine Frau. Ferner war im Vorjahre Niemand mehr thätig gewesen, den Anschluß an die Achtstundengesetz-Demonstration zu hindern, als Drummond, der Sekretär des Vereines der Londoner Schriftsetzer. Diesmal hat Herr Drummond nichts dergleichen, sondern hielt eine Rede zu Gunsten der Resolution. Er stehe zwar persönlich noch auf demselben Standpunkt wie im vorigen Jahre, meinte er, aber seine Gewerkschaft, die er verrete, sei für ein Achtstundengesetz, und er fühle sich verpflichtet, der Ansicht seiner Mandatgeber Ausdruck zu verleihen. Die Zeit sei gekommen, wo diejenigen, die nicht in der Lage seien, für den gesetzlichen Achtstundentag einzutreten, mit sich zu Rath gehen sollten, ob „es noch klug und richtig von ihnen sei, demselben zu opponiren.“ Mit anderen Worten: Der Strom ist unter meinen Mandatgebern so stark, daß es hoffnungslos ist, noch länger gegen ihn zu schwimmen.

So sprechen alle Vorzeichen dafür, daß wir in diesem Jahre eine Demonstration im Hydepark haben werden, so gewaltig wie nie zuvor und zugleich von einem demselben gemeinsamen Gedanken befeelt. Je großartiger sie ausfällt, um so mehr größer die Aussicht, daß schließlich doch der 1. Mai hier der „Festtag der Arbeit“ werden wird. Der Erfolg im vorigen Jahre war eine allgemeine Ueberraschung, in diesem Jahre muß es sich zeigen, ob wir es nicht mit einem einmaligen Strohfeuer zu thun gehabt.

Habt Ihr schon einmal darüber nachgedacht, was für ein Gefühl es ist, ein Mann zu sein?

Unter diesem Titel stellt der Bostoner „Labour Leader“ folgende Fragen an diejenigen Arbeiter, welche keiner ihrer Organisationen angehören:

- 1) Was um gehört Ihr keiner Gewerkschaft an?
- 2) Geschieht es, weil Ihr zu arm, oder weil Ihr zu geizig seid, daß Ihr keiner Gewerkschaft beitreten?
- 3) Seid Ihr Willens, kürzere Arbeitszeit und bessere Bezahlung, welche die Gewerkschaftsmitglieder erringen, anzunehmen, ohne dabei mitgeholfen zu haben, und wenn ja, denkt Ihr nicht, daß Eure Haltung eine traurige ist?
- 4) Würdet Ihr nicht, in einem Spiegel, oder einem ehrlichen Mann in's Gesicht zu sehen?
- 5) Denkt Ihr nicht darüber nach, daß Ihr ohne die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Eurer Kameraden, längerer Arbeitszeit und geringerer Bezahlung hättet, als jetzt?
- 6) Denkt Ihr nicht, daß solche Schmarotzerei wie Ihr sie liebt, beschämend ist?
- 7) Habt Ihr jemals darüber nachgedacht, was für ein Gefühl es ist, ein Mann zu sein?
- 8) Denkt Ihr nicht, es wäre ein guter Schritt, wenn Ihr Euch auftraufet und Eurer Gewerkschafts-Organisation beitreten?
- 9) Denkt Ihr nicht, Ihr würdet Euch selbst mehr respektiren, wenn Ihr als Männer, Lohnarbeiter und Bürger Eure Pflicht thut?
- 10) Wollt Ihr es aufschieben von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr, wie Ihr es bisher gethan, oder wollt Ihr jetzt Eurer Gewerkschaft beitreten?
- 11) Könnt Ihr es tadeln, wenn ein Mann sich weigert, mit Euch zusammen zu arbeiten?
- 12) Denkt Ihr nicht daran, daß bald die Zeit kommen wird, in der kein außerhalb seiner Gewerkschafts-Organisation stehender Arbeiter mehr Beschäftigung findet? Wird?
- 13) Denkt Ihr, daß jene, welche die Mühen des Kampfes um Verbesserungen getragen haben, Euch bereitwillig in ihre Reihen aufnehmen, wenn Eure Hilfe nicht mehr nöthig ist?
- 14) Wünscht Ihr nicht manchmal, als guter Kamerad von allen ehrlich gesinnten Männern betrachtet zu werden?

- 15) Wollt Ihr in Eure Gewerkschafts-Organisation nicht eintreten, weil nicht alle Mitglieder Engel sind?
- 16) Wollt Ihr Euch ein, diese würden Euch aufnehmen, wenn sie Engel wären?
- 17) Wollt Ihr Euch heute geloben, von jetzt an zu versuchen, Männer zu sein?

Korrespondenzen.

Formen.

Halle a. S. Der Streik der Formen bei Sayland Magade dauert unverändert fort. Zugang fern halten.

Greifeld. Ein Fachverein wie er nicht sein sollte, ist der sich „Fachverein der Formen Greifelds“ nennende. Derselbe läßt sehr wenig von sich hören, höchstens wird man ihn gewahr durch seine Tanztruppen etc. Dieses wäre nun wohl nicht das Schlimmste, wenn nicht noch besser geliefert würde; es stellen sich leider so ab und zu Disharmonien ein, die geradezu nicht mehr schön sind. Hier einige Proben davon. Ein Mitglied vor- genannter Vereins, Johann F. ist Mitglied der Aug. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, G. S. Nr. 29, Hamburg. Diesem Mitglied wurde bedeutet, wenn es nicht aus der „sozialdemokratischen“ Metallarbeiter-Krankenkasse austräte, würde es aus dem Fachverein ausgeschlossen, worauf es das Mitglied vortrug, bei der Metallarbeiter-Krankenkasse zu bleiben und aus dem Fachverein der Formen Greifelds auszutreten. — Im Herbst 1890 hatten sich die Herren vom Fachverein zu einem Streik ausgerollt, und da die Kasse keine Fluth zeigte, die Herren auch die Streikunterstützungen selber aufzubringen außer Stande waren, so wandten sie sich an den Vertrauensmann, Kollegen Schwarz in Lübeck, um Beihilfe. Dieser sandte denn auch sofort 850 Mark, aber — seitdem hat noch Niemand von der Sache gehört. Ja, als ein Mitglied in der vergangenen Woche auf eigene Faust (um den Vorstand zu zwingen, in der Sache etwas zu thun) anfang in einer Werkstatt Geld zu sammeln und den Erlös erster Rate mit Mk. 2,50 dem Vorstande zur Weiterbeförderung überreichte, da wollten diese Herren von der Angelegenheit nichts wissen. Man gab ihm anheim, lieber selbst die Abführung zu besorgen. Als nun der Kollege mit dem Kernpunkt herausrückte, ob denn der Vorstand gar nicht an die Rückzahlung (wenigstens zum Theil) der erhaltenen 850 Mark denke, da erklärten die Herren, am 31. Mai ein Stiftungsfest zu feiern, dazu seien 120 Mark da; es würde eine Militärkapelle (der Mann kostet 9 Mk., Reise- und Verpflegungskosten extra) die Musik machen, von dem Uberschuß wolle man sehen, ob man was zurückzahlen könne. Das Mitglied zog es aber vor, das Stiftungsfest mit seinem fraglichen Uberschuß lieber nicht abzuwarten, sondern trat aus diesem Verein aus. Dieses Fest ist nun schon das dritte im Jahre 1891, von den Uberschüssen der beiden schon abgehaltenen Feste hat noch Niemand etwas gehört oder gesehen, im Gegentheil munkelt man von Defizit oder dergleichen. Otto Gensler.

Lenoburg. Schon wieder haben wir etwas durch die Trägheit der Kollegen Verschuldetes zu verzeichnen. Wir waren fast in die Zwangslage versetzt, das Arbeitsnachweis-Bureau aufzugeben, da es sehr wenig oder gar nicht benutzt und auch sehr häufig von unseren Kollegen, namentlich aus Dänemark, umgangen wurde, so daß schließlich der Kassierer keine Regel halten konnte in der Zahlung des Gehaltens. Auch haben wir zu verzeichnen, daß verschiedene Male das Fremdengehalt erhoben wurde und einige Tage darnach die Anmeldung in den Fachverein erfolgte. Es sprachen sich mehrere Redner gegen den Antrag aus und wünschten eine strengere Handhabung dieses Instituts. Ein Redner betonte mit Recht, daß es bedauerlich wäre, daß durch die Sauberkeit der Kollegen solche Anträge gestellt werden müßten, indem von ca. 60 Mitgliedern 10 bis 18 zur Versammlung erschienen, so daß es bereits überflüssig wäre, Beschlüsse zu fassen, welche Tags darauf hinfällig sind, indem der Mehrzahl der Mitglieder die Beschlüsse nicht paßten. Selbiger führte auch an, daß sich viele Kollegen damit ausgeteufelt haben: so lange Stödel noch Mitglied und ein anderer Kollege noch Vorsitzender, kommen wir nicht zur Versammlung. Trotzdem nun diese Ansätze nicht mehr kommen kann, hat sich der Versammlungsbuch doch nicht gebessert. Deswegen Antrag, in Betreff der Aufhebung des Arbeitsnachweises, wurde, gestützt auf die Belmarer Kongreßbeschlüsse, einstimmig abgelehnt. Auch hatten wir uns mal wieder mit dem Streikbrecher Gustav Friedrich aus Gumbinnen zu beschäftigen, welcher den Wunsch aussprach, wieder in dem Fachverein aufgenommen zu werden, welches aber wegen der letzten Zwischenfälle, indem er Revisor und Kollegen benutzte,

abgelehnt wurde. Auch ein Antrag zwecks Gründung einer Unterstüßungskasse wurde, da wir in nächster Zeit wahrlich nicht einer anderen Organisation entgegengeben, abgelehnt. In Bezug auf das Inserat in der „Metallarbeiter-Zeitung“ von Thodor Schwarz, in Betreff des Formereverenges von Kollege Grenz, wurde beschlossen, unentgeltlich dafür einzutreten, nur dieses Werkzeug zu vertreiben, wozu der Vorstand beauftragt wurde, selbiges auf Rechnung des Fachvereins kommen zu lassen, damit auch den Lehrlingen Gelegenheit geboten würde, für wöchentliche kleine Platen das Werkzeug vom Verein zu beziehen. Auch wurde der Vorstand beauftragt, zu veranlassen, daß Kollege Grenz, wenn möglich, eine Agitationsreise durch die Provinz Schleswig-Holstein unternehmen möge. Wir fordern gleichzeitig die Fachvereinsvorstände genannter Provinz auf, sich dem Unternehmen anzuschließen. Von dem Kassierer für Agitations- und Unterstüßungskasse wurde die Abrechnung vorgelesen, die eine Einnahme von Mk. 107 30 ergab, der eine Ausgabe von 160 Mk., welche an unseren Vertrauensmann, Theodor Schwarz, abgegeben, entgegenstand.

Leipzig. Am 15. März Vormittags tagte im Saale der „Volkshallen“ eine öffentliche Formenversammlung mit der Tagesordnung: 1) Was bieten uns die Branchenvereine im Verhältnis zur allgemeinen Organisation. 2) Vortrag über Gewerbevereine. 3) Wahl eines Besitzers zum Gewerbevereine. 4) Beschlüsse des Vereins „Gewerkschaftskarteil“ betr. der 1. Maifeier. Das Bureau bildeten die Kollegen Schiemann als erster, Geißler als zweiter Vorsitzender, Böhmke als Schriftführer. Zum 1. Punkt der Tagesordnung nahm der 1. Vorsitzende das Wort. Derselbe legte in längerer Rede den Werth und Nutzen einer allgemeinen Organisation klar und deutlich vor. So gende Resolution fand einstimmig Annahme: „1) In Ermägung, daß für die Zukunft im Metallgewerbe die Spezialorganisation, der Organisation der Metall-Industriellen gegenüber, nicht mehr Stand halten kann, verspricht die heutige, in den „Volkshallen“ tagende öffentliche Formenversammlung dahin zu wirken, daß eine allgemeine Metallarbeiter-Organisation zu Stande kommt; 2) versprechen alle anwesenden Formen, in aller nächster Zeit dem Verein aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beizutreten, um damit zu zeigen, daß sich die Formen in jeder Hinsicht mit den übrigen Metallarbeitern solidarisieren fühlen.“ Zum 2. Punkt, Vortrag über Gewerbevereine, hatte Herr Buhl das Referat übernommen und entlegte sich seiner Aufgabe in einem einständigen, klar und verständlichen, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. Es wurde Herr Buhl im Namen der Versammlung durch den Vorsitzenden herzlich gedankt für seine Bemühung. Eine weitere Resolution fand einstimmig Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Buhl voll und ganz einverstanden und verspricht: am Wahltage dahin zu wirken, daß auch unseren Interessen entsprechende Männer als Besitzer zum Gewerbevereine gewählt werden und alle Wahlberechtigten Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen.“ Zum 3. Punkt wurde die Wahl eines Besitzers zum Gewerbevereine vollzogen, und wurde einstimmig Kollege Böhmke gewählt, welcher auch annahm. Zum 4. Punkt, Beschlüsse des Vereins „Gewerkschaftskarteil“ betr. der 1. Maifeier, wurde man dahin einig, daß sich die Formen den Beschlüssen des in öffentlicher Volksversammlung im „Pantheon“ gewählten Komitees fügen. Ferner ist zu erwähnen, daß eine Tellerammlung von der Behörde verboten wurde; auf die Anfrage des Vorsitzenden an den überwachenden Beamten, ob es gestattet sei, eine Tellerammlung vornehmen zu können zur Deckung der entstehenden Wahlkosten, antwortete dieser ablehnend. Da aber doch die Wahl der Vertreter eine staatliche Institution ist, vom Gesetze vorgeschrieben wird, und die Kosten der Wahl vom Staat nicht getragen werden, sondern von Arbeitern, sowie von Arbeitgebern gedeckt werden müssen, sollte man zu dem Zweck auch sammeln können. Es wird Beschwerde an zuständigen Stelle erhoben werden.

Wurzen. Der Formenverein hielt am 23. Februar seine Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Zum 2. Punkt, Jahresbericht, ergab sich eine Einnahme von Mk. 272,85, eine Ausgabe von Mk. 251,55, Bestand Mk. 21,30. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde.

Klempner.

Ashersleben. Die Klempner und Metallarbeiter der Metallwaren-Fabrik von Pfannenstmidt und Benz sind gezwungen, wegen ihrer schlechten Lebenslage und der fortwährenden Akkordabzüge in die Lohnbewegung einzutreten, umso mehr, da auch der bisherige Verdienst von 8 bis 15 die

Woche (mit besonderer Ausnahme etwas mehr) nicht mehr ausreicht, um die Familie reichlich ernähren zu können. Wir bitten die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten bis die Differenzen geregelt sind. Situationsbericht folgt.

Altona-Ottensen. Der Lokalverein der Klempner und verwandter Berufsgenossen hielt am 10. März eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die üblichen Punkte der Tagesordnung erledigt, wurde zum 1. Punkt die Lage der Ausgesperrten besprochen; hiezu wurden 600 Mk. bewilligt, welche Summe die Kollegen in Raten à 50 J die Woche abbezahlen sollen. 2. Punkt war die Angelegenheit der Schröder'schen Werkstätte. Nachdem sich die Kollegen darüber ausgesprochen und Kollege Krimmson sein Wort, welches er gegen Kollegen Sauer gebraucht hat, zurückgenommen, wurde der Punkt als erledigt betrachtet. 3. Punkt: Wahl eines 2. Vorsitzenden. Hierzu wurde Kollege Burhardt gewählt. 4. Punkt: Unterstützungs-Gesuch. Es wurden dem Kollegen Burgers, da derselbe keine Arbeit hat und wegen Familienverhältnisse in Noth war, 10 Mk. bewilligt. Bei „innere Vereinsangelegenheiten“ brachte Kollege Rehs vor, ob die Wiederaufstellung der Vergütung erhöht. Hierzu wurde der Antrag gestellt, daß selbiges dem Vorstand überlassen bleibt. Dann wurde über die Revisorunterstützung gesprochen. Es handelte sich um einen Kollegen, welcher nicht berechtigt war, Unterstützung zu beantragen, und es wurde beschlossen, daß der betreffende Kontrolleur das Geld wieder zurückbezahlen soll. Ferner wurde noch über die Aufnahme des Kollegen Schent gesprochen. Selbiger wurde nicht aufgenommen, das Geld, welches er einbezahlt hat, wurde für die Unterstützungsarbeiten, welche er noch in Händen hat, verrechnet. Sodann wurde der Kassierer beauftragt, zu denjenigen Kollegen zu gehen, welche noch Marken in Händen haben, um das Geld einzutreiben.

Hamburg. Öffentliche Versammlung der Klempner, Gas- und Wasserleitungs-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen am Sonntag, 1. März, in Tüfges Etablissement. Der Einberufer G. Lorenz eröffnete dieselbe um 2 Uhr. Der Referent legte den Inhalt seines Vortrages über die Lage der Ausgesperrten in ca. anderthalbstündiger Rede zur Zufriedenheit der Anwesenden. Redner ging zuerst auf die Frage der Streiks ein und wies in klaren Worten nach, wie solche entstehen. Er betonte, daß es zwei Sorten von Streiks gebe: Angriffs- und Abwehrstreiks; beide seien aber immer das Produkt der Verhältnisse. Beim Angriffsstreik sei die Lage der Arbeiter eine derartig herabgedrückt, daß man unter den gegebenen Verhältnissen nicht länger arbeiten könne, um existenzfähig zu sein. Abwehrstreiks seien solche, wo die Arbeitgeber den Arbeitern zuwuthen, von ihren innegehabten Rechten keinen Gebrauch zu machen. Redner kommt dann auf die Aussperrung der Tabakarbeiter zu sprechen und schildert in sachlicher, ruhiger Weise den augenblicklichen Stand derselben. Redner schilderte hierauf noch die Organisationsfrage; wie sich das Unternehmertum in jeder Weise und nach jeder Richtung organisieren könne, ohne auf gesetzliche Hindernisse zu stoßen, während bei den Organisationen der Arbeiter gerade das Gegenteil der Fall sei. Dieser Beifall lohnte den Redner für seinen mit Aufsichtsamkeit verfolgten Vortrag. Eine entsprechende Resolution fand einstimmig Annahme. Ferner berichtet, daß vom Gewerkschaftskarteil Marken zur Unterstützung der Ausgesperrten im Werthe von 30 und 50 J herausgegeben seien, um auf diese Weise mehr und besser Geld einzutreiben. Er habe Marken für die Klempner à 50 J in Empfang genommen und seien diese nun von ihm zu beziehen. Er macht es jedem Klempner zur Pflicht, sich rege an der Verbreitung zu betheiligen. Auch seien Karten herausgegeben, um eine bessere Kontrolle herzustellen zu können. Es sei nun Pflicht eines jeden Arbeiters, seine Karte immer bei sich zu führen und stets in der Reihe zu halten. Ein weiterer Grund zur eifrigen Verbreitung der Marken für die Klempner muß auch der sein, daß die Gewerkschaften 100.000 Mk für die Ausgesperrten leihweise aufgenommen haben und der Klempner-Fachverein an dieser Summe auch mit ca. 1800 bis 2000 Mk. theilhaftig sei. Verschiedene Redner schlossen sich diesen Ausführungen an. Betreffs der vierjährigen Maifeier wurde noch kein Beschluß gefaßt. Man war der Ansicht, daß wohl von anderer Seite zu diesem Zweck eine Volksversammlung einberufen werde. Im Allgemeinen stimmte man mit der Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion darin überein, daß in diesem Jahre nicht der 1. Mai, sondern der 3. Mai als Feiertag dienen solle.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Der allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 10. d. M., eine Versammlung ab. Kollege Gerisch hielt ein mit großem

Beifall aufgenommenes Referat über: Bessing, ein Lebensbild. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Vertheilung fragt Kollege Becker an, wie es sich mit der Arbeitsunterlegung in der Fabrik von Weber, Schönhauser Allee, verhalte, worauf Kollege Gerisch erwidert, daß dort 4 Kollegen die Arbeit niederlegten, jedoch selbst erklärten, daß eine Sperre nicht aufrecht zu erhalten sei und sie auch selber auf WiederEinstellung verzichteten; diese Angelegenheit hätte für uns daher weiter kein Interesse. Kollege Unger regt die Frage der Masseler an, ist aber der Meinung, daß eine allgemeine Arbeitsruhe, wie sie der 6. Wahlverein beschlossen hat, vollständig verfehlt sei. Kollege Gerisch erwidert, daß der Verein sich bereits in der beschließenden Versammlung am 15. Februar mit dieser Frage beschäftigt, jedoch beschloffen habe, die Entscheidung darüber der ganzen Metallarbeiter-Schaft Berlins, welche sich jetzt zu einem einzigen Verein zusammenschließt, zu überlassen. Redner ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Arbeitsruhe, wie sie im vorigen Jahre stattfand, nach den üblichen Erfahrungen, die die Metallarbeiter gemacht haben, in diesem Jahre nicht in Betracht kommen kann. Kollege Becker wundert sich darüber, daß verschiedene Versammlungen sich herausgenommen haben, ein Ruhenlassen der Arbeit zu beschließen und dabei vielfach die Ansicht verfochten wurde, der Partiser Kongreß habe dieses beschloffen. Er könne als Delegierter der Berliner Metallarbeiter sich nicht erlauben, daß ein derartiger Beschluß gefaßt ist, er behaupte vielmehr, daß es nicht der Fall sei, vielmehr nur eine Demonstration, deren Ausführung den einzelnen Vätern überlassen blieb. Es komme ihm so vor, als ob einzelne Personen jene Unwahrheit wissentlich verbreiten, deshalb möge Jeder, wo er diese Ansicht vertreten hört, ihr energisch entgegenzutreten. Im Uebrigen sei es nur logisch, wenn nicht der Metallarbeiter-Verein darüber beschließt, sondern dieses der ganzen Metallarbeiterschaft nach Bildung der neuen Organisation überlassen bleibt. Nachdem noch die Kollegen Unger, Fricke und Dampf gesprochen hatten, erklärte die Versammlung sich damit einverstanden.

Berlin. Die Eisen- und Metallarbeiter aller Branchen Berlins hielten am 15. März im Saale der Brauerei Friedrichshain eine außerordentlich zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab. Nachdem die Kollegen Böhndel, Mikolas, Warnede und Seligowski Bureau gewählt worden waren, nahm das Mitglied der Eisen-Kommission, Kollege Weber, das Wort zum Kommissionsberichte. Derselbe legte zunächst einschlägige Verwahrung gegen die erfolgte Unterstellung ein, daß bei der Zusammenlegung der Eisen-Kommission Parteilichkeit obgewaltet habe und erläuterte schrittweise das von der Kommission ausgearbeitete, elf Paragraphen umfassende Statut des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend, und wurde durch die Kollegen Machagel und Stabernack ergänzt. Nachdem Kollege Förster die Bedeutung des Verbandes beleuchtet und Namens der Kommission empfohlen hatte, von einer Generaldiskussion über den vorliegenden Statuten-Entwurf abzusehen, trat die Versammlung dem Vorschlage entsprechend sofort in die Spezialberatung ein. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Der offizielle Titel der neuen Organisation lautet: Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Hierauf erfolgte die en bloc-Aannahme des vorliegenden Statuts. Dasselbe besagt in seinem § 1: Zweck des Verbandes ist die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder. Dieser Zweck soll erreicht werden durch a) Einführung eines zeitgemäßen Arbeitstages, Beseitigung der Sonntags-, Nachmittags- und Nachtarbeit unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung aller vernünftigen Bedürfnisse der Berufsgenossen und deren Familien vollständig ausreicht. b) Errichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweis-Bureau in Verbindung mit einem Verkehrslokal und Gewährung einer Reise-Unterstützung an wandernde Berufsgenossen, welche mindestens drei Monate einer Metallarbeiter-Organisation angehören, oder, wo dies nicht möglich war, glaubhaft nachweisen können, daß sie die Pflichten eines lernbewußten Arbeiters erfüllt haben, nach Maßgabe des Vereinsvermögens. c) Veröffentlichung statistischer Erhebungen über Löhne und Arbeitsverhältnisse der betreffenden Gewerbe, in Bezug auf die Höhe und Lebensbedürfnisse, Dauer der Arbeitszeit, Anzahl der am Orte im Gewerbe Beschäftigten. d) Durchgreifenden unentgeltlichen Rechtsschutz in allen gewerblichen Angelegenheiten. e) Wissenschaftliche und fachgewerbliche Vorträge. f) Besprechung und Pflege von Gewerbe- und Fachangelegenheiten. g) Lesen von Fachschriften nebst Gründung und Unterhaltung einer Vereins-Bibliothek. h) Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern. Mitglied kann jeder in der Eisen- und Metallindustrie Berlins und Umgegend beschäftigte Arbeiter

Verbände seien den Fabrikanten-Verbänden gegenüber am widerstandsfähigsten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, in seinem Sinne weiter zu arbeiten. Ueber den dritten Punkt, Stellungnahme zur Matseier, entspann sich eine längere Debatte. Es wurde ein Antrag zur Wahl einer Kommission, welche sich in dieser Angelegenheit in zwangloser Weise mit Mitgliedern anderer hier bestehender Gewerkschaften in Verbindung setzen soll, einstimmig angenommen. In einer der nächsten Versammlungen soll das Programm für die Matseier vorgelegt werden.

Worms. Der Metallarbeiterfachverein hielt am 14. Februar seine Generalversammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember. Einnahme Mk. 85,51, Ausgaben Mk. 73,13, Kasseebestand Mk. 12,38. Die Jahresabrechnung ist folgende: Einnahme Mk. 203,12, Ausgaben Mk. 250,74, Kasseebestand Mk. 12,38, welches die Mitglieder bestätigten. Hierauf verlas der Vorsitzende, wie viel Kollegen im Jahre 1890 unterstützt wurden; es waren insgesamt 209, nach den einzelnen Branchen: 96 Formner, 42 Schloffer, 38 Klempner, 8 Dreher, 13 Dreher, 5 Schmiede, 2 Feilenhauer, 2 Metallbrücker, 1 Uhrmacher, 1 Metallschleifer, 1 Gelbgießer, 1 Zinggießer. Bei Verschiedenes machte die Anordnung beim Austragen der Fachkategorie vom Vorsitzenden vorgebracht und gleichzeitig von demselben ein Vorschlag gemacht, die Forderung gegen Kollege Altmüller vorzuschlag, daß mehrere Kollegen dies unentgeltlich besorgen sollen. Der letzte Vorschlag wurde einstimmig angenommen und Kollege Altmüller erbot sich, die Zeitungen zu übernehmen. Ferner wurden vom Vorsitzenden die Reklamen geschickt, die zwar die Zeitung in Empfang nehmen, aber keine Lage zahlen, wodurch die Kasse geschädigt wird. Kaerger stellte den Antrag, daß sämtliche Reklamen schriftlich aufgefördert werden, zu bezahlen, was einstimmig angenommen wurde. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Rürger als 1. Vorsitzender, Seiler als 2. Vorsitzender, Klemm als 1. Kassierer, Rünig als 2. Kassierer, Hartmann als 1. Schriftführer, Philipp als 2. Schriftführer, Meter als Vertrauensmann und Behmann und Windmann als Revisoren.

Am 28. Februar fand Vereinsversammlung statt. Ueber „Rügen“ resp. Schaden der Gefängnisarbeit dem freien Gewerbe gegenüber referierte Kollege Water. Derselbe führte in seinem Vortrag die Arbeiten in Gefängnisanstalten mit kurzen abstr. bewegten Worten vor Augen und schilderte die Sachen, die in den Anstalten geliefert werden, daß dieselben von andern Arbeitern nicht zu so niedrigen Preisen hergestellt werden können, wofür sie in den Anstalten geliefert werden. Der Großkapitalist, der die Gefängnisarbeit anwendet, hat den Ruf n. Bei „Verschiedenes“ gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegen Dehmchen und Sobada ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, sondern so absteht n. Die Debatte ergab, daß Beide in der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ aufgefordert werden sollen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Vorsitzende brachte zur Kenntnis, daß die 2 Kongreßbilder angekommen sind und im Vereinslokal aufgehängt werden sollen. In kurzer Zeit soll eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen werden, in der von jeder Branche 2 Kommissionsmitglieder zu wählen sind, welche die Matseier u. s. w. arrangieren sollen.

Nohrleger.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Nohrleger und Helfer fand am 16. März im Lokale des Herrn Feuerstein unter dem Vorsitz des Herrn Karpenkel statt, um den Bericht der Revisionskommission entgegen zu nehmen. Zunächst erhielt Herr Becker das Wort zur Verlesung der Abrechnung vom Streik der Nohrleger vom vorigen Jahre. Die Gesamteinnahme der Streik-Kommission betrug danach M. 1702,16 und die Gesamtausgabe M. 1495,26, somit bleibt ein Bestand von M. 206,90. Von diesem Gelde sind 182 Mark auf Darlehensscheine an verschiedene Kollegen, welche in Noth waren (Becker verliest die Namen derselben), verborgt worden, wovon 16 M. zurückgezahlt sind, so daß ein Baarbestand von circa M. 40,90 vorhanden und 166 M. verborgtes Geld einzuziehen ist. Diese Abrechnung wird hierauf von einem der Revisoren im Namen der Revisions-Kommission als richtig anerkannt; derselbe verliest außerdem eine Liste von Personen, die noch Listen in den Händen haben und fordert zur endlichen Abfertigung derselben auf. Es entspann sich nun über die Abrechnung eine unerquickliche Debatte, welche ihr Ende durch Annahme folgender Anträge erreichte: Die Versammlung erklärt sich mit der Erklärung der Revisions-Kommission bezüglich der Bücher und Abrechnung des Streik-Komitees einverstanden und erteilt beiden ihren Dank. Die Versammlung beschließt, dem Vertrauensmann der Nohr-

leger und Helfer die Kompetenz zu ertheilen, die noch ausstehenden Listen und Vorschläge einzuziehen und zu diesem Zweck auch noch die Revisionskommission bestehen zu lassen, die Agitationskommission und das Streik-Komitee aber aufzulösen. Nachdem Herr Karpenkel über die Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission Bericht erstattet hatte, erhielt zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum 1. Mai“, Herr Becker das Wort. Becker beschränkt, am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen zu lassen, sowie überhaupt von einer Beschlussfassung betreffs der Feiertage Abstand zu nehmen. Da ist die kleinen Branchen-Organisationen in eine große, allgemeine Metallarbeiter-Organisation aufgehen, so könne man der Gesamtheit der Berliner Metallarbeiter die Beschlussfassung über ihre Stellung zur Matseier überlassen. Becker empfiehlt den Besuch des am 2. Mai stattfindenden, wahrscheinlich in den Stützpunkten der Vereinigung der Nohrleger und Helfer. Nach längerer Debatte über diesen Punkt wurde im Sinne der V. Anner'schen Ausführungen beschloffen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Aitona. Am 10. März hielt der Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer seine Mitgliederversammlung ab, um die in letzter Versammlung vertagten Punkte zu verhandeln. Der Vorsitzende äußert sich im Namen des Vorstandes für ein Sommervergnügen und wird von mehreren Rednern unterstützt. Es wird vorläufig eine Kommission von 8 Mann gewählt, die sich um ein passendes Lokal umsehen soll. Zum 2. Punkt, Berufsstatistik, wird darauf hingewiesen, wieviel die bis jetzt ausgearbeiteten Statistiken noch zu wünschen übrig lassen, und daß gerade hier eingeleitet werden müßte, um nachzuweisen, wie unrecht die Kapitalisten hätten, wenn sie nachzuweisen wollten, daß der Arbeiter mit seinem Verdienst auskommen könne. Es wird einem jeden Mitgliede zur Pflicht gemacht, durch genaue, wahrheitsgetreue und vollkommene Angaben seiner Verhältnisse nachzuweisen, wie hoch sich seine Einnahmen und Ausgaben im laufenden Jahre stellen, um daraus zu sehen, wie viel noch daran fehlt, um ein menschenwürdiges Auskommen zu haben. Es wird auf die Statistiker der Maurer als Beispiele zu einer richtigen Statistik hingewiesen. Der Vorsitzende geht näher auf die vorjährige Statistik ein und glaubt den Hauptfehler darin zu finden, daß auch Nicht-Vereinsmitglieder die betreffenden Fragebogen erhalten haben, und daß eben durch das Einbringen dieser Bogen und deren werthlose Ausfüllung der Zweck hauptsächlich vereitelt worden sei. Becker erklärt ein zur Hand liegendes Statistikkbuch der Maurer in seinen einzelnen Details und glaubt, wenn auch für uns Manches zu ändern und Fehlendes hinzuzusetzen sei, wir doch dieses Buch als Leitfaden verwenden könnten. Es wird noch auf die Ausdehnung der Fragen betreffs des Lehrlingswesens, der Fabrikordnungen und der Strafzettel aufmerksam gemacht. In die Kommission werden fünf Kollegen gewählt. Zu „Verschiedenes“ berichtet der Vorsitzende, daß er Karten und Marken angeschafft für die ausgesperrten Gewerbe, da das System als nicht mehr praktisch aufzuheben müßte, und bittet um 2 ge. Theilnahme an dieser Einführung. Dies wird von verschiedenen Rednern mit Freuden begrüßt und betont, daß was irgend möglich für die Aussperrten geschehen müßte. Es wird ein Antrag gestellt, die Versammlung zu präzis 9 Uhr anzuordnen zu lassen, da es zu Unzufriedenheiten führe, wenn eine Versammlung, die zu 9 Uhr festgesetzt, schon um halb 9 Uhr anordnet, aber erst um halb 10 Uhr eröffnet würde. Der Antrag, die Versammlungen für präzis 9 Uhr zu ordnen, wird angenommen. Nach mehreren unbedeutenden Bemerkungen wegen der Reiderien des Fachvereins mit den Mitgliedern des Verbandes wird auf Antrag dem Vorsitzenden ein Vertrauensvotum angedreht. Ferner werden einem erkrankten Kollegen auf Antrag 20 Mark als Unterstützung bewilligt. Da ein Mitglied der Lohnkommission abgehend, wird auf Antrag ein Ersatzmann gewählt. Ferner werden die Kollegen, welchen noch keine Zeitung gebracht worden ist, gebeten, ihre Adressen anzugeben.

Fraunschweig. In der Versammlung des Vereins der Schlosser, Maschinenbauer und verwandten Berufsgenossen vom 14. März wurde von einer Anzahl von Mitgliedern das Resultat der Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern über die Frage des 1. Mai mitgeteilt. Einige Fabrikanten haben den Wunsch ihrer Arbeiter, am 1. Mai Nachmittags die Arbeit ruhen zu lassen, gleich direkt abgelehnt. Die Meisten jedoch verschanzten sich hinter den Verein der Metall-Industriellen, indem sie erklärten, erst abwarten zu müssen, was derselbe in dieser Angelegenheit beschließen werde, wonach sie sich richten würden. Herr Jüdel (Inhaber der Eisenbahnsignalbauanstalt von Mag Jüdel u. Co.) erklärte der bei ihm vor-

stellig gewordenen Deputation seiner Arbeiter, daß er die Bestrebungen derselben, ihre Lage zu verbessern, als völlig berechtigt anerkenne, in diesem Falle aber könne er ihrem Wunsche nicht entgegenkommen, denn er arbeite für den Staat und sei von der Regierung abhängig. Zugleich machte er das werthvolle Geständniß, daß ihm bei Abschluß von Kontrakten immer vorgeschrieben würde, keine Sozialdemokraten beschäftigen zu dürfen. Sodann wurde beschlossen, den beiden Kassirern eine vierteljährliche Entschädigung von 8 M für etwaige Verluste zu gewähren und die Vorstandsmitglieder in Anbetracht der finanziellen Opfer, die ihnen ihr Amt auferlege, vom Beitrage zu befreien. Ein Antrag, den Wochenbeitrag um 5 J zu erhöhen, wurde abgelehnt, hingegen beschlossen, für das Austragen der „Metallarbeiter-Zeitung“ von jetzt ab 20 J (bisher 10 J) pro Quartal und Mitglieds zu erheben. Ferner wurde beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, welche über die fest gesetzte Zeit mit ihren Beiträgen rekrten, und denen deshalb eine schriftliche Mahnung zugestellt werden muß, dafür 10 J zu zahlen haben. — Wir können den Kollegen Deutschlands mittheilen, daß unser Verein seine Mitgliedszahl in der kurzen Zeit seines Bestehens auf über 600 gebracht hat. Es ist dies zwar noch nicht die Hälfte der hier beschäftigten Schlosser und Maschinenbauer, doch ist zu hoffen, daß wir die meisten noch werden zu uns heranziehen können. — Daß beim Abschluß von Kontrakten der Staat in der von Herrn Jüdel angeführten Weise verfährt, wurde erst vor einigen Tagen im Reichstage konstatiert, als von unseren Abgeordneten die Staatsbetriebe einer scharfen Kritik unterzogen wurden, ohne daß von Seiten der Regierung diese Thatsache hätte bestritten werden können. Es wäre zu erwarten, daß der Staat die Sozialdemokraten demnach auch nicht mehr zum Militärdienst heranzöge, sowie dieselben von den Steuern und sonstigen Staatslasten befreite. Das wäre wenigstens konsequent gehandelt und jedenfalls würden wir dabei nicht schlecht fahren, sondern könnten nur gewinnen. Wir glauben, daß in nicht allzulanger Frist die Staatsw rskätten leer liegen würden, wenn sie keine Sozialdemokraten beschäftigen wollten!

Halle a. S. Am 14. März hielt der Verein der Schlosser, Dreher und verw. Berufsgenossen seine regelmäßige Mitglieder-versammlung ab. Die Tagesordnung war: 1) Vortrag über die Fortschritte der Technik der Neuzeit mit Rücksicht auf die ökonomische Entwicklung. 2) Matseier. 3) Verschiedenes. In seinem Vortrage ging der Referent Dr. S. Luz aus Magdeburg zunächst davon aus, daß die moderne proletarische Bewegung ihren Ausgang genommen von der Einführung der Dampfmaschine in die Technik. Auf der einen Seite gestattete diese eine Steigerung der Produktion in das Ungeheure, auf der anderen Seite aber ersetzte sie auch wieder durch Neuaufstellung von nur einer einzigen Pferdekraft jedesmal die Kraft von 26 Menschen. Die gesteigerte Produktion rief auf der einen Seite der Bevölkerung eine wahnwitzige, bis ins Verwahrloste gehende Konsumtion hervor — auf der anderen Seite aber wurde die Konsumtionskraft durch die Bildung der industriellen Reservearmee auf einem außerordentlich niedrigen, nur mäßig sich hebenden Niveau gehalten. Die sozialen Gegensätze wuchsen sich demgemäß immer schärfer zuspitzen. So ist die Dampfmaschine in Wahrheit die Schöpferin der sozialen Frage, des sozialen Elendes überhaupt. Aber die Dampfmaschine sei immerhin nur ein ökonomisch recht mangelhaft arbeitender Motor; im besten Falle gestatte er 12 Prozent der in der Kohle aufgespeicherten Wärme in mechanische Arbeitsleistung umzusetzen (an dieser Stelle ging der Referent in detailirter Weise auf die Quelle der genannten irdischen Kräfte und auf das technische Problem der Kraftübertragung ein). — Naturgemäß muß deshalb jede neue Erfindung, welche es gestattet, die in der Natur vorhandenen Kräfte in vortheilhafterer Weise zu mechanischer Arbeitsleistung anzuspinnen, als dies durch die Dampfmaschine, die alten Wind- und Wasserräder möglich sei, neue, gewaltige Ummäzungen im sozialen Leben hervorbringen. Diese Probleme sind theoretisch durch die elektrische Kraftübertragung und die Möglichkeit Elektrizität in beliebiger Menge anzufspeichern — (welche beide Prinzipien Referent eingehend erläuterte) — bereits gelöst; und auch deren praktische Lösung sehe nahe bevor. Es wird dann möglich sein, die ungezählten Pferdestärken der Niagara-Fälle in Chicago, Boston, New-York zu mechanischer Arbeitsleistung anzuspinnen; die Millionen Pferdestärken, die das Meer in seinem Wechsel von Ebbe und Fluth besitzt, werden, auf elektrischem Wege über das ganze Land vertheilt, neue gewaltige Industrien schaffen — aber gleichzeitig auch die industrielle Reservearmee ungeheuer vergrößern, so daß die sozialen Konflikte eine unheilbare Gdhe erreichen

werden. Die Fortschritte, ein wie glänzendes Bild sie auch vom fortschreitenden, fortschreitenden Menschenstand darbieten, werden demnach doch für die große Mehrheit der Menschheit nur Elend und Noth im Gefolge haben, so lange diese Erfindungen in kapitalistischer Weise ausgebeutet werden. Ganz anders stelle sich jedoch der Werth dieser Erfindungen für die Menschheit bei genossenschaftlicher Produktion. Wenn im klassischen Alterthum so gewaltige kulturelle Leistungen zu verzeichnen gewesen seien, so sei dies nicht in letzter Linie der Sklaverei zu danken gewesen. — Nun, der Mensch der Zukunft wird für jeden Sklaven des Alterthums Dugende in der Gestalt der Maschinen haben, neue Kultur, neue Entwicklung sei darum das Zeichen der sozialistischen Produktion. Unter diesem Gesichtspunkte sei auch die berücksichtigte Richter'sche Vertheilung des Einkommens zu beurtheilen. Kommen allerdings auch auf den Gesikten nur 32 M jährlichen Einkommens, so entsprechen dieselben doch bei genossenschaftlicher Produktion und nur unter Annahme der heute bereits vorhandenen Motoren einem in heutigem Gelde ausgedrückten Werthe von ca. 14.000 M [Die Prinzipien dieser Berechnung werden demnach in der „Neuen Zeit“ dargelegt werden.] und damit lasse sich gewiß recht behaglich leben! — Stürmischer Beifall folgte diesem vorzüglichen Vortrage. Ueber den zweiten Punkt entwickelte sich eine größere Debatte, nach welcher der Beschluß gefaßt wurde, die Beschlussfassung bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Unter „Verschiedenes“ kam eine Unterstützungsfrage zur Verhandlung und wurde einem bewährten Fachgenossen, welcher längere Zeit krank liegt, eine fernere Unterstützung bewilligt. Bezüglich der Bekanntmachung der geselligen Sonntagsabende wurde nach längerer Debatte beschlossen, jeweilig unter der Versammlungs-Anzeige gleichzeitig die diese Abende anzeigende Mittheilung anzufügen. Schließlich wurde vom Vorsitzenden zum Abonnement auf das hiesige „Wolfsblatt“, sowie auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ aufgefordert, und darauf die Versammlung geschlossen.

Schlager.

Teichhausen. Die am 14. März abgehaltene Schlagerversammlung war einberufen bezugs Delegirtenwahl zum Schlager-Kongreß in Fürtth und zur Besprechung über die gegenwärtige Geschäftslage. Als Delegirter wurde Kollege Häther gewählt.

Korrespondenzen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Bekanntlich hat die Fraktion der sozialdemokratischen Partei beschlossen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, den 1. Mai in diesem Jahre nicht durch Ruhentagen der Arbeit zu feiern, sondern die offizielle Feiertag auf Sonntag, den 8. Mai, zu verlegen. Dieser Vorschlag dürfte, soweit bis jetzt Verhandlungen in Arbeiterversammlungen darüber stattgefunden haben, allseitig abgelehnt werden, weil er den gegenwärtigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes entspricht. Dagegen sollte die Anregung, welche die Matseier in Betreff der Verkürzung der Arbeitszeit geben soll, nicht unbenuzt vorübergehen dürfen. Wir sollen uns nicht damit begnügen, den herrschenden Klassen zu zeigen, wie groß die Zahl Derjenigen ist, welche durch die Theilnahme an der Feiertag zeigen, daß sie einen kürzeren Arbeitstag wollen, sondern wir müssen suchen, auch diesem Verlangen praktischen Ausdruck zu geben und Mittel und Wege einschlagen, die entloste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Organisation, durch wirtschaftliche Kämpfe zu verhindern. Das erste Erforderniß für diese Kämpfe aber sind genügende Mittel. Sobald das Unternehmertum sieht, daß die sich zum Kampfe rüstenden Arbeiter über größere Fonds verfügen, wird es in den meisten Fällen geneigt sein, den gestellten Forderungen nachzugeben. Diese Behauptung ist oft genug durch tatsächliche Vorkommnisse bekräftigt worden. Nur das Vertrauen auf unsere Schwäche, nur das Bewußtsein, daß wir nicht im Stande sind, größere Kämpfe durchzuführen, ist es, was den Uebermuth des Unternehmertums hervorruft, was demselben den traurigen Muth gibt, jede Forderung der Arbeiter, und besonders diejenigen, welche auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind, abzulehnen.

Die deutschen Arbeiter sollten endlich zu dieser Erkenntniß kommen und damit beginnen, größere Fonds für die wirtschaftlichen Kämpfe zu begründen. Der 1. Mai bietet die beste Gelegenheit hierzu. Wenn dem Vorschlage der Fraktion Folge gegeben wird, dann sollte sich jeder Arbeiter verpflichten, ein Drittel oder ein Viertel des Arbeitsverdienstes am

1. Mal zur Anlegung eines allgemeinen Fonds zu ferneren Kämpfen für die Verbesserung der Arbeitszeit herzugeben. In einzelnen Arbeiter-Versammlungen ist ein solcher Beschluß auch schon gefaßt worden. Um die auf diese Weise zusammengebrachten Summen nicht zu theilen und in einzelnen Punkten in den Städten liegen zu lassen, erscheint es gerathen, wenn die Aufbringung durch eine Zentralkasse geht und so ein Zentralfonds geschaffen wird, während die einzelnen kleinen Fonds einer Zersplitterung der Kräfte gleich wären.

Deshalb beschloß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, alle Arbeiter aufzufordern, sich dem Beschluß der Stuttgarter Gewerkschaften, welche die eingehenden Summen dem Generalfonds zuzuführen wollen, anzuschließen. Zur Kontrolle werden von der Generalkommission Marken in folgendem Werthe ausgegeben werden: à 25 J für weibliche, à 50, 75 J und 1 M für männliche Arbeiter.

Der Vertrieb der Marken soll durch an jedem einzelnen Orte zu wählende Kommissionen besorgt werden. Die Kommissionen sind am geratheinsten in allgemeinen Volksversammlungen zu wählen und haben event. die Marken an die am Orte befindlichen Gewerkschaften abzugeben.

Die gewählten Kommissionen bitten wir, die Adresse ihres Vertrauensmannes an den Unterzeilen einzutragen, und wird die gewünschte Anzahl Marken an diesen Vertrauensmann abgesandt werden.

Es wird jedem mit den Verhältnissen vertrauten einleuchten, welchen gewaltigen Werth das Vorhandensein eines Reservesfonds für alle weiteren Kämpfe haben muß, und erwarten wir, daß die aufgebrauchte Summe dem Unternehmertum Respekt vor der Einmüthigkeit und Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter einflößen wird.

Nur durch eigene Kraft werden wir uns aus den unmwürdigen Banden des Kapitalismus befreien, nur auf uns selbst haben wir zu vertrauen.

Unsere Einmüthigkeit sei unsere Stärke, unsere Opferwilligkeit unser Fort!

Gerichts-Zeitung.

Eine neue Art von Betrug hat das Inkrafttreten der Alters- und Invalidenversicherung mit sich gebracht. Wir lesen darüber in Berliner Blättern: „Nach den gesetzlichen Bestimmungen hängt die gegenwärtige Bewilligung von Altersrenten wesentlich davon ab, daß die betreffende Person in den Jahren 1883, 1889 und 1890 in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat und auch diese Beschäftigung bis in das Jahr 1891 ausgedehnt hat. Diese Befreiung wird in der Regel durch die Unternehmer nachgewiesen. Bei der Verwaltung der hiesigen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt sind nun Fälle zur Kenntniß gekommen, in denen Unternehmer wider besseres Wissen, um den betreffenden Personen zu einer Rente zu verhelfen, Beschäftigungen beschienigt haben, welche entweder überhaupt nicht oder doch nicht unter den in der Versicherung angegebenen Bedingungen (insbesondere betrefend die Lohnbezüge) stattgefunden haben. Dieses Verfahren stellt sich als vollkommener bezw. verführerischer Betrug dar und es ist auch bereits in einem Fall von dem hiesigen Unfallsvorstande die Strafanzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft erstattet worden. Außerdem machen sich aber auch die Unternehmer bezüglich aller auf Grund einer falschen Bescheinigung von der Versicherungsanstalt geleisteten Rentenbeträge erschaftlich. Die Unternehmer werden daher in ihrem eigenen Interesse gut thun, bei der Ausstellung dieser Bescheinigungen auf das Sorgfältigste zu verfahren.“ — Von „Betrug“ brauchte man da nun allerdings nicht so ohne Weiteres zu reden, denn der Irrthum hat bei Erfüllung der in so vielen Punkten unklaren Bestimmungen des Gesetzes einen weiten Spielraum.

Vermischtes.

Wie ein Arbeiter nach amtlicher Festsetzung „leben“ kann. Aus einer Bekanntmachung des amtlichen Kreisblattes für den Kreis Hamm ist zu ersehen, wie „herrlich“ ein Arbeiter mit 300 Mark jährlich „leben“ kann, wie man so zu sagen pflegt, wenn er nur nicht angeheult ist von „sozialdemokratischer Unverschämtheit“. Um die Sache nicht so ganz geringfügig pro Tag erscheinen zu lassen, hat man einfach vom Jahr 65 Tage gestrichen und das Jahr zu 300 Tagen festgesetzt. Die 65 Tage sind wahrscheinlich die Sonn- und Feiertage, wo bei man vielleicht voraussetzte, daß der Arbeiter an diesen Tagen der „Sonntagstube“ fröhnt und wie ein Wurmloch schlüft. In der amtlichen Bekanntmachung wird gemäß

§ 3 Abs. 1 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Alters-Versicherung vom 22 Juni 1889, der Durchschnittswert der Naturabzüge der Arbeiter wie folgt festgesetzt:

Erstes Frühstück	15 Pf.	45 Mk.
Zweites Frühstück	10 „	30 „
Mittagbrod	25 „	75 „
Abendbrod	10 „	30 „
Wohnung	20 „	60 „
Kleidung	15 „	45 „
Summa	100 Pf.	300 Mk.

Nicht wahr, so ein Arbeiter „lebt durchschnittlich“ recht billig, — viel billiger noch als ein Arbeitsspfer, denn das erfordert, wenn es einlegethener bei Kräften und gesund bleiben soll, einen Aufwand von mindestens Mk. 2,50. Wenn die 65 gestrichenen Tage hinzugesetzt werden, lebt der Arbeiter „durchschnittlich“ noch billiger“. In Hamm müssen recht billige Wohnungen vorhanden sein, — nur 15 Pf. pro Tag. Und Kleidung nur 6 Pf. pro Tag, wo die meisten Arbeiter mehr ausgeben müssen für Instandhaltung der Wäsche. Zeitungen, ab und zu ein Glas Bier, eine Zigarre, Licht und Feuerung zc. kennt der Arbeiter nicht, und wie gesagt, Sonn- und Feiertage braucht ein Arbeiter nichts. Vielleicht lassen sich an diesem Haushalts-Etat noch einige Ersparnisse machen.

Ein anderes Bild:

Wie kann man sich wohl mit Mk. 14,000 jährlich ehrlich und aufrichtig durchschlagen? Das ist eine schwere Kunst, und Mancher kann's nicht. Um bin Bedauernswerthen zu helfen, die es durchaus nicht verstehen, hat ein englischer Menschenfreund, Namens Bayard, im „Nineteenth Century“ ein Haushaltsbudget aufgestellt, wo er das scheinbar Unmögliche möglich macht. Freilich muß sich der Arme, der nur 14 000 Mk. jährlich hat, manche Einschränkung gefallen lassen; aber „selig sind die Armen, denn das Himmelreich ist ihrer“, denkt der fromme Engländer, und mit diesem Trost, dem einzigen, den es gibt, wollen wir denn seine Aufstellung betrachten. Wir rechnen die Pfund gleich in Mark um:

Miethe	2,100,—
Steuern und Abgaben, einschließlich für Gas, Wasser zc.	778,80
Rohlen	248,50
Lohn (3 Diensthoten)	962,10
Nahrung: Schlächter	929,90
Bäder	189,70
Milchhandlung (die auch Butter und Eier besorgt)	704,70
Sträumer	768,80
Gemüsehändler	206,—
Geflügelhändler	203,60
Kleidung: Frau	708,80
Manu	597,25
Wäsche	694,80
Arzt und Apotheker	661,—
Alten und Trinkgelber	867,40
Stadtverkehr (Stadtbahn, Omnibus)	297,60
Porto	156,60
Bücher, Zeitungen, Papier zc.	161,25
Vergnügungen, Geschenke, Rauchen	718,15
Wein	300,70
Haus-Reparaturen zc.	532,80
Garten (in Ordnung halten lassen)	93,80
z-Klang	2,209,05
Zusammen	Mk. 14,000,—

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Bekanntmachung!

Anlässlich der bevorstehenden General-Versammlung macht die Revisions-Kommission alle Orts-Beamten darauf aufmerksam, genau das Wahl-Reglement zu beachten, da die Revisions-Kommission bei vorfindenden Beschwerden schon wiederholt in der Lage war, Wahlen, wo z. B. die Stimmzettel von einer Hand geschrieben waren, oder wo die Präferenzliste fehlte u. s. w. für ungültig zu erklären.

Auf mehrfache Anfragen hin machen wir noch darauf aufmerksam, daß das gesammte Material nur dann an die Revisions-Kommission einzusenden ist, wenn Bescheidungen gegen die Wahl vorliegen. Die Revisions-Kommission beschloß: Die Wahl als ungültig zu erklären, bei der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen gegen das Wahl-Reglement verstoßen. Im Gesamt-Interesse möge dieser Hinweis volle Würdigung finden!

Bar mb ed, März 1891
Mit Gruß
J. A. der Revisions-Kommission:
F. W. Schauer, Vorsitzender.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Diefel Verlag) ist soeben das 25. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Ueberproduktion in der Wissenschaft. Von Bernar d. — Briefe aus England. Von Ed. Bernste in. — Neue norwegische Dichtungen. Von Julie Jabel. Romm. — Notizen: Die christlich-mittelalterliche Weltanschauung und der wissenschaftliche Sozialismus unserer Zeit. — Die Unfallversicherung in Deutschland. — Feuilleton: Das Chefbuch. (Fortsetzung) Von G. E. Hspenski. Aus dem Ruffischen von B. Stychinski.

Von den „Lichtstrahlen“, Blätter für volkverständliche Wissenschaft (Dresden, Verlag von O. Harnisch) erschien soeben das 12. Heft. Inhalt: Moses oder Darwin? Ein Beitrag zur Kampfesweise der Dunkel-männer. Von Salduin Säuberlich. — Haus-thiere und Kulturverwilderung. Von G. H. Herrmann. — Die Gottesstreiter an der Arbeit. Necht einigen Worten über Entstehung und Wesen des Christenthums. Von Friedrich Förster (Schluß). — Unsere Fühl-ungsgeist. Von G. H. Herrmann. — Ge-schichtliches über den Markentakt. Von Herr-mann Teisler (Schluß). — Litterarisches. — Kleine Mittheilungen. — Beilagen: Moderne Feuilletonbibliothek: Jona Schlaf, Roman von Heinrich Lemeles (S. 49-56); Inseraten-beilage. — Die „Lichtstrahlen“ sind durch-schnittliche Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Von der Post (Zeitungspreiskarte Nr. 3624a) bezogen, beträgt der viertel-jährliche Abonnementspreis M. 1,35.

Briefkasten.

W., Adre: leben. 18300.
H., Solingen. Als Ihr Bericht eintraf, war der in dieser Nr. enthaltene leider schon gesekt.
Als Antwort auf mehrere Anfragen die Mittheilung, daß das Adressen-verzeichniß Anfangs nächster Woche versandt wird.

Vereins-Anzeigen.

Bernburg. (Verein der Eisenarbeiter u. v. B.) Der Selbige Grenzmann aus Bruma ist aus unserm Verein ausgeschlossen, weil derselbe unsern Verein zu schädigen suchte.

Bornheim. (Metallarbeiter-Fachverein.) Die Versammlung am 30. März fällt der Osterfeiertage halber aus. Nächste und zwar Generalversammlung am 30. April, L.-D.: Kassenbericht. Neuwahl des Vorstandes. Revisionwahl. Zeitungsfrage. Bibliothek. Verschiedenes.

Bredow-Stein. Öffentliche Formver-sammlung am Montag, 6. April, Abends 8 Uhr, in der Bredower Brauerei. L.-D.: Wie organisieren wir uns? Referent: Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz.

Cöthen. (Metallarbeiter-Unterstützungs-kasse.) Sonnabend, 28. März, Abends 8 Uhr, findet der Lesabend der Metallarbeiter-Unterstützungs-Kasse in der Neustädter Bier-halle, Neustadt 33, Cöthen, statt.

Düsseldorf. (Metallarbeiter-Unterstützungs-kasse.) am Sonnabend, 28. März fällt dem Anhaltischen Vereinsgeiz zufolge unsere Versammlung aus. Die nächste Versamm-lung findet Sonnabend, den 11. April Abends 8 Uhr in Mohs Restaurant, Schloßstraße, statt.

Erlingen. (Fellenhauerverein.) Sonnt-ag, 5. April, Vorm. 9 Uhr Versammlung im Lokal. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über Bedeutung der Organisationen. Regelung der Gannkatter Angelegenheit. Verschiedenes. Es ist notwendig, daß sämmt-liche, namentlich alle Gannkatter Kollegen erscheinen. Die restierenden Mitglieder werden an ihre Pflicht erinnert.

Flensburg. (Fachverein der Former.) Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten Sonnabend im Monat bei G. Ralfs, Schleswiger Chaussee 6, statt, wo sich auch Arbeitsnachweis und Herberge befindet. Der erste Vorsitzende, an den auch sämmtliche Briefe zu richten sind, wohnt ebenfalls Schles-wiger Chaussee 6.

Frankfurt a. M. (Fachverein der Metallarbeiter.) Samstag, 4. April, Abends halb 9 Uhr bei Kühn her, Gr. Gallusgasse 2, Generalversammlung. L.-D.: Vortrag. Kassenbericht. Wahlen. Stellungnahme zum 1. Mal.

Hamburg. (Fachverein der Selbigeher und Gütter.) Mittwoch, 1. April, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn von Salzen, Stoffamharrethe 6-7 Generalversamm-lung. L.-D.: Bericht von der Versammlung der Gewerkschaftsdelegirten und Stellung-nahme dazu. Unterstützung der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Ver-

chiedenes. Wegen Wichtigkeit der Tages-ordnung ist es Pflicht sämmtlicher Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

Homburg v. d. S. Der gemeinsame Ausflug des Fachvereins findet Ostermontag nach der „Hohen Mark“ statt. Zusammen-kunft Morgens 7 Uhr im Vereinslokal. Wer ohne genügenden Grund fehlt, muß 50 J Strafe bezahlen. — Auch machen wir die Mitglieder aufmerksam, daß von der Direktion der Splinter i die Erlaubniß zur Beschäftigung der neuen 200pferbefräftigten Dampfmaschine eingetroffen ist.

Leipzig. (Fachverein der Klempner.) Öffentliche Mitgliederversammlung am 31. März im Restaurant Spieß, Leipzig, Ulrichs-gasse 27-29. L.-D.: Vortrag der Frau Harwig über die Frauenfrage. Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.
Linden u. Umgend. (Metallarbeiter-fachverein.) Am 2. Osterfeiertag findet unser 2. Stiftungsfest mit Unterhaltung und Tanz in den Sälen des Posthorns statt. Kassenöffnung halb 5 Uhr, Anfang 5 Uhr. Programme sind an der Kasse zu haben. NB. Während der Unterhaltung Eingang von der Posthornstraße.

Magdeburg. (Fachverein der Fellen-bauer.) Sonntag, 3. April, Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereins-lokal, Braunschtrichstraße 8.

München. (Fachverein der Flaschner und Arbeiterinnen der Metall-Industrie.) Die Quittungen zur Erhebung der Kassenunter-stützung werden nunmehr vom Kollegen Maiburger, Wunderburgstraße 19, Parterre, ausgestellt, und zwar an Wochentagen von 12-1 Uhr Mittags und von 7-8 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 12-2 Uhr Mittags.

Nürnberg. (Fachverein der Schmiede u. v. B.) Sonntag, 5. April, Nachmittags 4 Uhr, Vorschlag in die Restauration Fenigerplatz am Fenigerplatz bei Kollege Hertel.

Nürnberg. (Fachverein aller Arbeiter der Reichzeugbranche.) Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Vereinslokal, Bankersche Wirthschaft, Tucherkasse und ist Sonntags von 11-12 Uhr Vormittags, Dienstag und Donnerstag von 8-9 Uhr Abends geöffnet. Auch sind daselbst zwei Stellen zu besetzen auf halbseiner Arbeit und werden Stellen-suchende darauf hingewiesen, denselben zu benützen. NB. Es diene zugleich zur Kennt-niß, daß unsere Bibliothek jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats geöffnet ist.

Osnabrück. (Fachverein der Metall-arbeiter.) Am 1. Osterfeiertage: Ausflug nach Böhrenkämpfer. Abmarsch prädeise halb 3 Uhr vom Johannesthor. Die Mit-glieder werden gebeten, sich zahlreich mit ihren Damen daran zu beteiligen.

Weimar. (Metallarbeiterverein.) Auf-forderung. Die Schlosser Dehmchen und Sobba werden hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegen den Metallarbeiter-Fachverein nachzukommen.

Anzeigen.

Nachruf.
Am 13. März d. J. starb unser Freund u. Mitglied
Herr Joseph Ottmann
nach langem Krankenlager im 31. Lebens-jahre. Wir verleren an ihm ein gutes Mit-glied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Feilenhauerverein Unasburg.

Für die mir von Seiten meiner Kollegen zu Theil gewordene Unterstützung während meiner Arbeitslosigkeit sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank.
August Dummann, Former, Steffin.

Erzuche den Kollegen Emil Häuber um seine Adresse.
Mag Bäcker, Weimar, Pabststr. 10.

Zeitg. Abonnements auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ nimmt entgegen
Otto Füllner, Former, Messerschmiedstr. 17, III.

Allen Metallarbeitern
empfehle ich
echt Hamburger Englisch-Pederhosen
in allen Größen und Farben
1. Qualität (extra stark) M. 9 50
2. „ „ „ 8 50
3. „ „ „ 7 50
franko gegen Nachnahme.
Siegfried Pelz in Nürnberg.